

Wöchentlich 76 Pf., monatlich 2.25 M. (binnen 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe „Welt und Zeit“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die einzige all-Deutsche Tageszeitung ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhofs (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkonto: Berlin 57 536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dr. B. u. Dör.-Gej., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Alles in den Lustgarten!

Otto Braun und Breitscheid sprechen

Alles marschiert mit!

Antreten: 16.30 Uhr / Beginn im Lustgarten: 18 Uhr.

Sammelplätze:

- 1. Stadtbezirke Wedding, Mitte, Reinickendorf und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 1/2 Uhr Grenzstraße (Humboldthain), Spitze des Zuges Brunnenstr. ...

- 4. Stadtbezirke Kreuzberg, Neukölln und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: Antreten 16 1/2 Uhr Fontanepromenade, Spitze Urbanstraße. ...

Alle Sozialdemokraten, alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter u. Arbeiterinnen, alle Arbeitersportler, alle Reichsbannerkameraden, alle Republikaner sind zur Stelle!

Um das rote Wien.

Kampf gegen Fahnenstange und Hakenkreuz.

Von Oskar Pollak-Wien.

Am Sonntag fällt mehr als eine Entscheidung. Am Sonntag wählt nicht nur Preußen, der Kern des republikanischen Deutschland. Am Sonntag wählt auch Wien, das rote Herzstück der österreichischen Republik.

Gleichwie in Deutschland finden auch in Oesterreich an diesem Tage mehrere Wahlen statt. Außer in Wien wählen zwei Bundesländer (Provinzen): Niederösterreich und Salzburg ihren Landtag; in zwei anderen Bundesländern, Steiermark und Kärnten gibt es allgemeine Gemeindevahlen. Aber sie alle überträgt an Bedeutung der Kampf ums rote Wien.

Man weiß, was Wien für die österreichischen Arbeiter bedeutet. Seit dem Umsturz des Jahres 1918, seitdem das alte Privilegienwahlrecht der Besitzenden fiel, haben die Sozialdemokraten in Wien eine starke Mehrheit; sie haben diese Stadt zu einer roten Festung ausgebaut, an deren Mauern bisher alle Angriffe zerplatzen. Wien ist nicht die einzige Großstadt, die von Sozialdemokraten verwaltet wird; aber es ist die Stadt, in der, durch verschiedene Umstände begünstigt, die sozialistische Verwaltung am sichtbarsten wurde, in der vor den Augen der ganzen Welt der Versuch gemacht wurde, vor allem auf dem Gebiete der Schule, des Wohnbaus und der Fürsorge sozialistischen Kulturwillen in die Tat umzusetzen.

Man kennt den Kampf, den das gefostete hat: das neue Wien unter der Führung seines Bürgermeisters Karl Seif, rote Insel im schwarzen Land der agrarischen Rückständigkeit und der clerikalen Reaktion; das vielgeschmähte Steuersystem des sozialdemokratischen Finanzreferenten Breilner, der das Geld bei den Reichen holt, um den Kindern der Armen zu geben; die Wiener Schulreform unter der Leitung des einst von den Clerikalen gemahregelten Lehrers Otto Glöckel — man kennt sie, man nennt sie, man kämpft um sie auch außerhalb der Grenzen Oesterreichs.

Und der Erfolg? Von Wahl zu Wahl ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in Wien gestiegen, die ihrer christlichsozialen (klerikalen) Gegner zurückgegangen. Inmitten der furchtbaren Krise, die das kleine, schwache Oesterreich verheerend trifft, ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit in Wien nur ein Drittel so groß wie im übrigen Oesterreich. Während rings die Wirtschaft verrotet und die Städte zusammenbrechen, während einer nach dem anderen, die Giganten der kapitalistischen Welt stürzen und der Kapitalismus Bankrott anlegt, steht die sozialdemokratische Verwaltung Wiens unerschüttert und unanfechtbar aufrecht. Während das bürgerliche Regime Oesterreichs hilflos im Zustand betteln geht und doheim in Schande und Korruption versinkt, steht der bürgerlichen Regierung stolz und herausfordernd die rote Gemeinde gegenüber: gewiß, auch sie eingeschränkt in ihren Möglichkeiten, eingeeignet durch die kapitalistische Krise, keine Erfüllung noch, aber doch eine Verheißung...

Aus diesem Gegenüber ergibt sich die besondere Bedeutung dieses Wahlkampfes. Er geht nicht nur um das, was die Gemeinde leisten oder versprechen kann — die Zeit ist nicht zu Wahlversprechungen angetan — nicht nur um die zwanzigtausend Wohnungen, die sie in den nächsten Jahren zu den bereits geschaffenen sechzigtausend hinzubauen will: „Wir bauen weiter!“ leuchtet es als Wahlparole der Sozialdemokraten von allen Straßenecken Wiens. Er geht nicht nur um die Fortführung eines großen Werkes, das für sich selber wirbt, nicht um die Behauptung einer Machtposition der Arbeiterklasse. Er geht um den Gegensatz zweier Systeme, um die Aufhebung des unerträglichen Widerspruchs, daß Oesterreichs Arbeiter, die seine Hauptstadt verwalten und im Lande selbst die stärkste Partei sind, von der Regierung des Staates ausgeschlossen bleiben und zusehen sollen, wie bürgerliche Unfähigkeit und kapitalistische Mißwirtschaft dieses Land vollends zugrunde regiert. Das Regierungssystem im Staat muß fallen — das ist die Parole der Wiener Gemeindevahlen. „Ho — ruck nach links!“ im ganzen Land rufen die sozialdemokratischen Botschafter. „Von dem roten Wien zum roten Oesterreich!“ wollen die österreichischen Arbeiter marschieren.

Wie stehen die Aussichten, daß in einer Zeit, in der die

Zum drittenmal marschieren wir heute im Lustgarten auf! Zum drittenmal zeigen wir unseren festen Willen, den Faschismus zu schlagen! Wir werden ihn schlagen!

Preußen soll nicht der Reaktion und dem Faschismus ausgeliefert werden — das ist unser fester Wille. Wir wollen nicht, daß Junker und Schlotbarone wieder das Recht des Volkes in Preußen mit Füßen treten können, wir wollen nicht zurück zu Dreiklassenwahlrecht und Herrenhaus!

Wir wollen nicht, daß Hitler auf den Schultern verheerter Kleinbürgerlicher Volksschichten in Preußen eine Regierung errichten kann, die die Geschäfte der Reaktion beistellt!

Wir wollen nicht, daß die Machthaber von vorgehern, die Deutschland ins Unglück geführt haben, Preußen wieder zur Hochburg der deutschen Reaktion machen. Bankrotte Großgrundbesitzer und verkappte Unternehmer, gesinnungslose, karrierefüchtige Beamte, feudale Korpsstudenten, die auf Grund ihrer feudalen Beziehungen wieder die höchsten Regierungsposten in Preußen einnehmen wollen — sie verstecken sich heute noch hinter dem Volksbetrug der Nationalsozialisten. Morgen — wenn die Reaktion siegen würde — würden sie wieder dreist auftreten wie zu Wilhelms Zeiten!

Wir wollen nicht, daß die reaktionäre Welle aus Dummheit und Betrug das neue Preußen überschwemmt! Der Haufe politischer Abenteuerer und Spekulant, der Landsknechtstüfcher und Putzisten sollen uns nicht Preußen versauen! Sollen Leute wie Klages, Fried und Straßer an die Stelle treten, von der aus Braun und Sebering das neue Preußen aufgebaut haben?

Das wollen wir nicht! Niemals dürfen Junker und Schlotbarone wieder die Volksrechte in Deutschland mit Füßen treten!

Niemals darf Hitler, die Hoffnung der Machthaber von vorgehern, auf dem Wege über Preußen zur Macht gelangen!

Preußen darf nicht zum Tummelplatz von politischen Schwärmern und diktatorlüsternen Putzisten werden, die alles zerschlagen würden, was in mühevoller Aufbauarbeit in Jahren geschaffen worden ist. In Preußen muß die politische Vernunft am Ruder bleiben!

Seht hin, was 107 Nazis und 77 Kommunisten aus dem Reichstag gemacht haben! Soll das auch in Preußen so werden? Soll der Preussische Landtag eine Stätte des Gebrülls und des Gewiehers, eine Kaschemme werden, in der die Gemeinheit sich austobt, während dertwischen die Reaktion die Regierung an sich reißt, um das Volk zu entrechten?

Hort mit dem reaktionären Gefindel! Bei uns ist der Staat, bei uns ist die politische Vernunft, bei uns ist der Wille zur Ordnung, mit uns geht der Weg zu besseren Zeiten!

Mit uns für das neue Preußen! Mit uns für Braun-Sebering!

Auf in den Lustgarten! Jetzt gilt es den Achraus mit der Reaktion!

Giftmischer an der Arbeit.

Dem Reichspräsidenten werden plumpe Fälschungen als Rohmaterial unterbreitet.

Wie bereits mitgeteilt, beabsichtigt Reichsinnenminister Groener zum Sonntag nach Sigmaringen zu fahren, um dort dem Reichszentralrat Bericht zu erstatten über die bisherigen Schritte, die er auf Grund des Briefes des Reichspräsidenten zur Prüfung des ihm überwiesenen Materials gegen das Reichsbanner getan hat. Nach der Aussprache mit dem Reichszentralrat wird er dann dem Reichspräsidenten seine Stellungnahme und die des Reichszentralrats mitteilen. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß der Reichsinnenminister seinem bisherigen Standpunkte treu bleiben wird, nach dem in dem „Material“ keinerlei Anlaß zu irgendeiner Verbotmaßnahme gegen die Organisation republikanischer Kriegsteilnehmer vorhanden sei.

Aber angesichts der fortgesetzten dunklen Andeutungen und halben Veröffentlichungen in der Reichspressen muß mit aller Deutlichkeit immer wieder gefordert werden, daß das angebliche Material, das bisher unbekanntes Stoffen dem Reichspräsidenten zufließen, der Offenheit unterbreitet wird. Es ist bisher nicht möglich gewesen, einen Einblick in dieses „Material“ zu erhalten. Aber es bestehen starke Gründe für die Vermutung, daß es nichts anderes enthält als die bisher in der „Börsen-Zeitung“, dem „Tag“, der „Deutschen Zeitung“ und den anderen Reichsblättern gleichen Kalibers veröffentlichten „Enthüllungen“, die in Wirklichkeit ein Sammelfarium von Zeitungsausschnitten mit halben, ganzen und vor allem gefälschten Zitaten darstellen.

Wenn wir recht unterrichtet sind, ist in einem der beigelegten Briefe unter der Rubrik „Umsturzabsichten des Reichsbanners“ ein angeblicher Aufruf des Reichsbanners wiedergegeben, in dem unter anderem von der Notwendigkeit einer „zweiten Revolution“, von dem angeblichen Ziel der „sozialistischen Republik“ und davon die Rede ist, daß das Reichsbanner seine Rüstungen aus den Beständen der preussischen Schutzpolizei erhalte.

Hier liegt eine ganz hanebüchene Fälschung vor.

Das dem Reichspräsidenten als „Material“ unterbreitete Schreiben setzt die eben zitierten Worte nach einem Doppelpunkt und erweckt so den Anschein, als wenn sie wirklich einem Aufruf des Reichsbanners entnommen wären. Tatsächlich aber stammen sie aus dem Kommentar der „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 8 vom 6. Januar 1931), der dem Wortlaut des Reichsbanners angefügt war. In diesem Aufruf hieß es wörtlich:

„Die Faschisten aller Länder werfen sich die Bälle zu. Die Gefahr ist groß, daß faschistische Zettelungen an den Grenzen Deutschlands uns in unabsehbare Verwicklungen führen. Wir fordern von unseren Kameraden in den Grenzbezirken höchste Aufmerksamkeit. Sie dürfen gewiß sein, daß im Falle der Not mit ihnen gemeinsam Kameraden aus allen Ecken Deutschlands zwischen den Faschisten diesseits und jenseits der Grenze stehen werden. Mit schwerer Sorge erfüllen uns die Zustände in der Reichshauptstadt. Das Blut der in der Silvesternacht gemordeten Kameraden darf nicht ungehört hallen und wird nicht ungesühnt gekostet sein. Die Kraft unseres Bundes wird aufgeboden, um in kürzester Frist dem Treiben faschistischer und kommunistischer Mordkollonnen ein Ende zu machen. Bis zum 22. Februar, dem Gründungstage unseres Bundes, müssen überall in Deutschland die Schutzformationen „marschfertig“ dem Bundesführer gemeldet werden. An die Arbeit, Kameraden, in allen Gauen und in allen Ortsvereinen. Das Heer der deutschen Republikaner steht gerüstet und bereit für alle Aufgaben, die ihm gestellt werden.“

Es handelt sich hier, wie leicht erkennbar, um den Aufruf, der die Aufstellung der „Schupo“ einleitete und der gleichzeitig in nicht mißverständlichen Worten auf die Zettelungen an den Grenzen hinweist — nicht im Lauenburger Stille Hitler! Diesem Aufruf widmete die „Börsen-Zeitung“ einen ganzen Belegartikel, in dem sie behauptete, das Ziel des Reichsbanners sei der sozialistische Staat, der Weg dazu die zweite Revolution, und — an einer ganz anderen Stelle — hinzufügte: „des Reichsbanners erhalte seine Rüstungen aus den Beständen der preussischen Schupo!“

Was der Hecherkel der „Börsen-Zeitung“ vor fast vier Jahren von sich aus dem Reichsbanner unterstellte, wird jetzt, wenn unsere Informationen richtig sind, dem Reichspräsidenten als der Wortlaut des Reichsbanneraufrufs unterbreitet.

Das ist nicht nur ein infames Treiben gegen die Schutzorganisation der Republikaner, sondern auch eine Niedertracht gegen den Herrn Reichspräsidenten selbst, der unmöglich alle vor einem Jahre erschienenen Zeitungsartikel und Aufrufe in Erinnerung haben kann. Zugleich aber läßt diese Art des Materials erkennen, aus welchen Quellen das Ganze stammt!

Nach einige Beispiele: In der „Reichsbannerzeitung“ Nr. 44 vom 1. November 1930 ist die Ernennung Seeverings zum preussischen Innenminister begrüßt worden. Das wird gebührend als eine Abhilfe des Umsturzes! In den betreffenden Sätzen der „Reichsbannerzeitung“ heißt es: „Das Reichsbanner steht bereit, unter ihrer (d. h. der republikanischen Preussischer Regierung) Führung einen Angriff gegen Preußen und damit auf die Demokratie zurückzuführen.“ Wie diese Sätze als „Umsturzabsichten des Reichsbanners“ gebührend werden sollen, bleibt ewiges Geheimnis.

Weiter sind dem Reichspräsidenten Berichte über Geländespiele vorgelegt worden, Berichte, die aus der „Reichsbannerzeitung“ selbst entnommen worden sind. Im übrigen sind diese Geländespiele durchgeführt nach der vom Reichsinnenministerium empfohlenen Schrift „Spähen und Streifen“.

Als besonders beweiskräftig soll angeblich ein im übrigen bereits veröffentlichter „Geheimbefehl“ angesehen werden, der in den Tagen vom 7. bis 9. November 1931 für Hessen erlassen worden ist. Damals wurde ein Angriff auf das Eigentum von Arbeiterorganisationen befürchtet, und es wurde deshalb eine Art Warnbereitschaft angeordnet. Festgestellt werden braucht dazu nur, daß diese Anordnung der hessischen Regierung und den hessischen Behörden mitgeteilt worden ist.

Wir wiederholen die Frage: Ist in dem Material wirklich noch anderes enthalten, als das hier angebeutelt und in der gleichen Richtung liegende? Schon um des Ansehens des Herrn Reichspräsidenten willen ist es notwendig, hier bald volle Klarheit zu schaffen. Die Reichsbannerführung hat, wie bekannt, dem Reichsinnenminister jede gewünschte Auskunft gegeben und darüber hinaus auch noch die eidesstattliche Versicherung, daß es ihr fernliege, irgendeine Täuschung vorzunehmen.

Wenn das immer noch nicht genügt, dann bitte, heraus mit der Sprache! Es wäre wirklich ein Schauspiel für Götter, wenn das Treiben der Reaktionäre Erfolg haben sollte, das Reichsbanner verboten würde und die Polizei der schwarzrotgoldenen Republik verpflichtet würde, die schwarzrotgoldenen Fahnen des Reichsbanners zu beschlagnahmen und „sicherzustellen“.

Wahr: Wir glauben nicht daran, daß dieses Schauspiel den Göttern geboten wird!

Die Schupo gegen das Reichsbanner haben inzwischen einen Stab ehemaliger Generale zusammengesammelt, die in einer öffentlichen Erklärung gegen die Zulassung der SA protestieren und den Reichspräsidenten ersuchen, dem Reichskabinett sein Vertrauen zu entziehen. Die Nazi-Exzellenzen protestieren, darf der Kleinbürger Hjalmar Schacht, der Mann mit dem ewigen Renommierbedürfnis, natürlich nicht fehlen. Wo hat auch er den Protest unterschrieben.

1000 Mark für Denunzianten!

Schwindel über das Reichsbanner hoch belohnt.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt die Mitteilung, daß in Kiel bei einem „Schußmann“ des Reichsbanners ein Militärgewehr, eine Anzahl scharer Patronen und ein scharfgeschliffener Dolch beschlagnahmt und der Besitzer der Waffen in Haft genommen worden sei.

Tatsache ist, daß auf Grund einer Denunziation durch die Spitzelstelle der NSDAP, die Polizei bei dem Studenten Langen, dem Sohn des früheren oldenburgischen Ministerpräsidenten, ein Jagdgewehr, Jagdmunition und ein Jagd- und Fahrtenmesser, wie alle Wundersögel es tragen, feststellte. Das Jagdgewehr ist in Oldenburg bei der Polizei angemeldet und auch die Kieler Polizei war über den Besitz informiert. Der Student, der passives Mitglied des Reichsbanners ist und nicht der Schuß angehört, wurde nicht in Haft genommen.

Die Spitzelstelle der Nazis in Kiel erläßt jetzt einen Aufruf, in dem sie erklärt, daß die Belohnung von 500 M., die zur Denunziation des Studenten Langen geführt habe, von ihr für gleichartige Denunziationen nunmehr auf 1000 Mark erhöht werde.

Auf diese Weise wird das „Material“ beschafft, das dann bei Behördenstellen zur Begründung der Forderung eines Verbots des Reichsbanners verwandt werden soll.

Die Spitzelstellen der NSDAP können guten Gewissens Tausende von Mark als Belohnung ausgeben — sie werden nicht in die Verlegenheit kommen, sie auszahlen zu müssen, denn beim Reichsbanner gibt es nichts zu denunzieren.

In Sachen Hitler gegen die Wahrheit.

Vom juristischen Kreinismus des braunen Hauses.

München, 21. April.

Die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: „Wolff Hitler hat seinen Rechtsbeistand, R.-M. Dr. Frank II. München beauftragt, gegen den heftigen Innenminister Preußner Verleumdungsklage in der Sache der sogenannten Vogheimer Dokumente zu erheben.“

Hitler klagt. Er hält die Gerichte in Atem! Einstweilige Verfügung gegen Seevering! Einstweilige Verfügung gegen Groener und Hindenburg! Verfassungsklage gegen ein Dutzend Länder! Beleidigungsklage gegen Otto Braun und den „Vorwärts“! Beleidigungsklage gegen das „Berliner Tageblatt“! Beleidigungsklage gegen Leuschner! Disziplinarverfahren gegen sich selbst! Die Akten schwellen, bald wird man an deutschen Gerichten nur noch ein einziges Rubrum kennen: in Sachen Hitler gegen die Wahrheit.

Aber die Wahrheit kommt doch herfür!

Schmiert die Guillotine!

Es wird wieder Köpferrollen angekündigt.

München, 21. April. (Eigenbericht.)

Der Naziabgeordnete des Bayerischen Landtages Dr. Buttman erklärt nach einem Bericht der „Bayerischen Staatszeitung“ in einer Wahlkreisversammlung seiner Partei in Dugingen (Regierungsbezirk Augsburg) wörtlich:

„Wir haben in Deutschland eine Reihe von Guillotinen herumstehen, die heute ruhen. Wir werden sie im Dritten Reich wieder blank machen, aber nicht mit Köpfern, sondern mit den Köden derjenigen, die wir darunter legen.“

Dieser Dr. Buttman ist der erste Bibliotheksbeamte des Bayerischen Landtages und Führer der bisherigen Naziaktion im Landtag. Durch die Neuwahl steht er in Gefahr, seine führende Abgeordnetenstellung an robustere Parteifreunde zu verlieren, da er sich bisher im Parlament einer gewissen sachlichen Mitarbeit beilegte. Um nun den Machthabern im Braunen Hause seine absolute Unzulänglichkeit zu beweisen, greift er in seinen Wahlreden offenbar absichtlich zur schärfsten Tonart des Köpferrollens. Vielleicht tut ihm der neue Bayerische Landtag den Gefallen und entbehrt ihn seines Postens, damit er sich in der Vorzeit mit der Technik eines Henkers des Dritten Reiches vertraut machen kann.

Ministerpräsident Dr. Haub hat erst vor wenigen Tagen öffentlich erklärt: „Wir erwarten es unmöglich, daß heute einer Beamter sein kann, der zugleich agitatorisches Mitglied einer Partei ist, die den Staat ruinieren will. Wir haben dem Staat gegenüber die geschworene Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Unfug und diese Charakterlosigkeit in der Zukunft ein Ende findet.“

Kardinal Dilll seit 1913 Fürst-Erzbischof von Wien, ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

Arbeiterchaft zwar überall durch die Krise reaktioniert, aber auch überall durch dieselbe Krise geschwächt ist, dieser fühne Plan gelinge? Bei der letzten Gemeinderatswahl im April 1927 erhielten die Sozialdemokraten in Wien 693 000 Stimmen und 78 von 120 Mandaten; bei der Nationalratswahl vom November 1930 stieg ihre Stimmzahl auf 703 000. Bei der jetzigen Wahl ist das Wahlrecht und Wahlsystem etwas verändert; außerdem ist die Zahl der Gemeinderatsmitglieder von 120 auf 100 herabgesetzt, so daß dem jetzigen Bestände 64 sozialdemokratische Mandate entsprechen würden. Bei der letzten Gemeinderatswahl standen die Sozialdemokraten einer bürgerlichen Einheitsliste gegenüber; diesmal kandidieren alle Parteien getrennt.

In dem Bilde des Wahlkampfes, der sich nun seinem Ende nähert, ist eines auffallend: die Resignation, mit der die stärkste Partei der bürgerlichen Opposition in Wien, die Regierungspartei im Lande, die Christlichsozialen, ihre vorzugsweise Niederlage einstecken: sie machen sich gar keine Hoffnungen, sie machen gar keine Anstrengungen, sie geben gar keinen ernsthaften Gegner ab; ihr eigenes Zentralorgan hat ihre Anhänger auf den kommenden Mißerfolg vorbereitet — sie sind zerrüttet, alt und müde. Neben ihnen kandidiert ein schäbiger Rest der Großdeutschen, ein trauriges Häuflein, das mit dieser Wahl von der politischen Bühne verschwinden wird — und neben ihnen kandidieren die Nazis. Sie sind das große Fragezeichen dieser Wahl. Sie, die bisher in Oesterreich nichts bedeuteten, haben sich während dieses Wahlkampfes in den Vordergrund geschoben: angepornt durch Hillers Erfolge in Deutschland und angetrieben durch Geld und Propagandamethoden, die er aus Deutschland bezieht, wirft sich der Faschismus auch in Oesterreich in Erobererpose. Und er ist zweifellos im Aufstehen. Er hat die Großdeutschen aufgefressen, indem er ihnen alle nationalen Wähler wegnahm; er hat die Jugend der Bourgeoisie an sich gezogen, die heute das Hakenkreuz trägt, während der Vater christlichsozial stimmt; und er hat in großen Teilen Oesterreichs das Erbe der Heimwehr angetreten. Man bedenke doch, daß die Heimwehr, die noch vor wenigen Monaten in Oesterreich einen Putz wagen konnte, heute so zerrüttet und zerfallen ist, daß sie in Wien — wo sie allerdings niemals stark war — überhaupt nicht kandidiert: der weißarüne Faschismus ist braun geworden, das Hakenkreuz hat den Hahnenschwanz beerbt.

Aber wie stark ist es? Eine Wahl, die — allerdings unter ungünstigen Umständen — am vorigen Sonntag in einer einzelnen Gemeinde unweit von Wien stattfand, brachte den Nazis einen deutlichen Gewinn. In Wien müssen sie, um überhaupt in den Gemeinderat zu kommen, in einem der einundzwanzig Bezirke ein „Grundmandat“ erobern. Ob sie das können, ist die spannende Frage.

Freilich, wenn die Hakenkreuzler in den Wiener Gemeinderat gelangen, so nur auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Den Sozialdemokraten verschlägt es nichts, wenn im Wiener Gemeinderat künftig vier oder fünf Nazis sitzen — es wird darum kein einziger Sozialdemokrat weniger sein. Und ebenso wird das wütende Gefäß der Kommunisten, die es an Gehässigkeit des Kampfes gegen die Sozialdemokratie den Nazis gleichen, ja sie womöglich noch übertreffen, nur wenig Schaden anrichten: die Kommunisten, die noch niemals in Wien auch nur ein einziges Wort erringen konnten, werden auch diesmal ganz bestimmt feines bekommen. Die österreichische Arbeiterklasse — das ist und bleibt die Sozialdemokratie.

An der Kraft und Geschlossenheit der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterchaft wird kein Feind zu rütteln vermögen. In den Wällen des roten Wien hat sich der Ansturm des Heimwehrfaschismus gebrochen; die Wälle des roten Wien wird kein ernsthafter Gegner übersteigen. Am Tage nach der Wahl wird die rote Fahne fleghaft wie bisher auf dem Wiener Rathaus wehen: wenn sie nicht vorgetragen werden kann, wie es der Wunsch der österreichischen Arbeiter wäre — sie wird in Ehren flattern, wo sie steht!

Sie lügen!

Nazischwindel an Plafatkäulen.

Sie lügen, sie lügen, sie lügen — sechsmal hintereinander liest man es die an den Plafatkäulen, und dann steht noch die darunter „Nationalsozialisten Liste 8“.

„Endlich ein herzhaftes Wort über die Nazis“, denkt der Leser und tritt näher. Und dann bemerkt er, daß mit denen, die lügen, nicht die Nazis gemeint sein können, denn das Plakat ist von den Nazis selbst.

Woher sind die „Sie“? Die „Sie“ — das erfahren wir bei näherer Betrachtung des Plakats — sind Leute, „die den Sekt aus Kübeln fassen, den Kaviar mit Büffeln fressen, die sich von internationalen jüdischen Schiebern abgelegte seidene Schlafanzüge und gebrauchte goldene Zahnschäfer schenken lassen.“ Die „Sie“ werden dann weiter gekennzeichnet als „Nutznießer unseres Landes“ und als „schwarzrotgoldenes System“.

Sozialdemokraten, Staatsparteieller und Zentrumsteute, das sind also die Sektäufer und Kaviarfresser. Und was haben sie sonst noch alles getan? Sie haben „jede soziale Ordnung vernichtet“. Sie haben, „daß nationalsozialistische Männer von roten Wegelagerern niedergemacht werden“. „Sie haben von Frankreich Gelder empfangen“ und — und —

„Sie machen selbst vor der persönlichen Ehre des politischen Gegners nicht halt!“

Wer macht vor der persönlichen Ehre des Gegners Halt? Offenbar die Substanzigen, die dieses Plakat verfaßt haben!

Der ganze Wahlkampf, wie ihn die Nazis führen, ist doch nichts anderes als ein Schwärzen im eigenen Lügenunfug, ein systematisches Mißachten jeder Wahrhaftigkeit und Wahrheit, ein noch nie dagewesener schmutziger Verleumdungszug gegen den politischen Gegner.

Um nur ein Beispiel aus der letzten Tat zu bringen. Hitler fügt den ausländischen Journalisten vor, Brünning habe auf Wunsch Frankreichs die SA aufgelöst. (Seite 1.) Daraus gestellt, fügt er, er habe diese Lüge nicht ausgesprochen. (Seite 2.) Da die ausländischen Journalisten übereinstimmend erklären, daß Hitler die Lüge 1 doch ausgesprochen habe, fügt er, die Lüge 2 nicht ausgesprochen zu haben. (Seite 3.)

Und das läßt dann Plakate drucken und anhängen: „Sie lügen!“

Der Verrat der KPD.

Bei den Preußenwahlen Hauptstoß gegen Sozialdemokratie!

Der Hauptfeind der kommunistischen Partei ist nicht der Faschismus, ist nicht das Großkapital. Der „Hauptstoß“ soll, wie bekannt, gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften, also gegen die Masse des arbeitenden Volkes gerichtet werden. Das geht auch aus den Anweisungen hervor, die die Frauenabteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei am 18. März 1932 an alle Frauenabteilungen der Bezirksleitungen gerichtet hat. Es wird dort wörtlich gesagt:

„Auf allen Gebieten unserer Massenarbeit unter den Arbeiterinnen und wertvollen Frauen muß der Hauptstoß geführt werden gegen die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsführer. In allen Fragen, Lohnabbau, Notverordnungen, imperialistischer Krieg usw. müssen wir die verräterische Stellung der SPD. entlarven und aufzeigen, daß die SPD. die aktivste soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist. Sie sucht die Massen mit dem ungeheuerlichen Schwindel der Sozialisierung, der Verstaatlichung der Bergwerke usw. von den Tagekämpfen abzuhalten und in die Notverordnungs-Hindenburg-Front einzureihen. Der Krisenstreich des KPD. muß entlarvt werden als Betrugsmanöver der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der hungernden Arbeiterklasse. Der Arbeitsbeschaffungsplan des KPD. stellt die Forderung des Kampfes gegen die Doppelverdiener, also des Kampfes gegen die verheirateten Arbeiterinnen, in den Vordergrund. Wir müssen deshalb aufzeigen, daß die SPD. und Gewerkschaftsführer eine frauenfeindliche Politik treiben. Die Preußenwahl muß ausgenutzt werden, um alle die Formen der sozialfaschistischen Politik der Braun-Severing-Regierung vor den Frauenmassen aufzurollen. Der arbeitende Preußenstaat mit seinen ungeheuerlichen Einschränkungen auf dem Gebiet der Sozialfürsorge (Streichung aller Positionen für das Volk und Erhöhung der Positionen für den Staatsapparat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse) muß als ein Werk des Sozialfaschismus gekennzeichnet werden. Notwendig ist schnelles Reagieren und Ausnutzung der verräterischen Politik der SPD. und Gewerkschaftsführer, im Betrieb, an der Stempelstelle, in den Arbeiterkollektiven zur massenhaften Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiterinnen von der Politik ihrer Führer und ihre Einreihung in die rote Einheitsfront.“

Nachdem so die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für alle Uebel verantwortlich gemacht worden sind, die jemals in Deutschland und der übrigen Welt passiert sind, folgt der übrige „Kampf“. Und der sieht so aus:

„Unser Kampf gegen die Nazis und gegen das Zentrum müssen wir verstärken... In der Bekämpfung der Nazis müssen wir aufhören.“

Das ist alles, was gegen den Faschismus gesagt wird. Kann man sich also darüber wundern, daß im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl hunderttausende kommunistische Wähler gleich zu Adolf Hitler gelaufen sind, weil man dort den „Hauptstoß“ gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften noch besser führen kann als bei Thälmann?

Wachs gegen Eisen?

Der Nachtkampf um Preußen.

In Nr. 60 der „Täglichen Rundschau“, dem Organ des „Christlich-sozialen Volksrats“, fällt der Reichstagsabgeordnete Professor Siegmund folgende Prophezei über den Ausgang des am 24. April zu erwartenden Kampfes um Preußen:

„Kann ein halbwegs nüchterner Politiker glauben, daß ein Mann von der Willensstärke und politischen Befähigung Otto Braun, demgegenüber Hitler beinahe weiches Wachs ist, sich durch die Wahi Hitlers verblüffen ließe und seine Nachstellung aufgäbe? Hier handelt es sich nicht um moralische oder gefühlsmäßige Bewertungen, sondern darum, sich klar zu werden über das Wahrscheinliche. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn Otto Braun nicht Mittel und Wege fände, seine Herrschaftstellung in Preußen zu behaupten. Dann wird ein Kampf auf Tod und Leben zwischen Braun und Hitler beginnen. In diesem Kampf wird Braun siegen. Denn er ist ein Willen stärker, im Denken nüchterner und hat die reale staatliche Macht.“

So urteilt ein politischer Gegner über den Führer Preußens und über den süddeutsch-braunschweigischen Nachtwächter, der „Preußen wieder preußisch“ machen will! Das Urteil soll wahr sein: Am Sonntag wird Otto Braun gewählt!

Wahn.

Ein Kulturbild aus Deutschland im Jahre 1932.

Wir lesen im „Angriff“ über die Propagandareise Hitlers:

„Nach sehen wir alle im Bann des Erlebens dieser Nacht, da Mozars Bevölkerung im rasenden Jubel und unbeschreiblicher Begeisterung und im Tönen heißer Ergreiftheit Adolf Hitler empfängt, wie nie zuvor irgendein Großer vom Volk begrüßt wurde. Nach sehen wir vor unseren Augen die Trümmerphorien in allen Dörfern und die moralischen Frauen mit ihren Kindern im Arm, wie sie sich vor das Auto des Führers werfen, um ihn zu sehen.“

Wir fragen uns nun: wie wird das Erwachen sein?

Breitscheid in Königsberg.

Für Braun-Severing!

Königsberg, 21. April.

Im Hause der Technik sprach am Donnerstagabend in Königsberg Dr. Breitscheid vor einer sozialdemokratischen Wahlversammlung. Breitscheid erklärte, die Eisener Front habe es erreicht, daß der Ansturm des Faschismus auf das Reich abgelenkt worden sei. Zur Präsidentschaftswahl habe die Parole gelaute: „Für Hindenburg, weil er nicht Hitler sei“. Am kommenden Wahltag hieße sie: „Für Braun und Severing, weil sie Braun und Severing seien“.

In der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten erklärte dann der Redner, auf ostpreussische Fragen eingehend, er glaube nicht daran, daß Polen einen Angriff auf Ostpreußen plane, und bei allen Bedenken gegen den Völkerverbund sei er überzeugt, daß dieser stark und willens genug sei, einen solchen Angriff abzuwenden. Er wende sich aber gegen die Behauptung, daß etwa die Sozialdemokratie Ostpreußen jemals aufgeben würde. Wenn sich die Hitler im Memelgebiet äußere gegen das Deutschland, so täte das daher, daß sie sich sicher fühlten wegen des deutschen Sozialismus zu Vorkriegszeiten nicht an, daß Deutschland im Gegensatz zu seinen beiden östlichen Nachbarn stünde!

Die gekränkte Unschuld.



„Sofort klagen! Was mir diese Journaliste als Neuerung zu den amerikanischen Journalisten unterschiebt ...“



... das habe ich nämlich wirklich gesagt!“

SA-Terror trotz Auflösung!

Unhaltbare Zustände in Schlesien.

Breslau, 21. April. (Eigenbericht.)

Die Provokationen der schlesischen Bevölkerung durch nationalsozialistische Banden nehmen trotz der Auflösung der SA. kein Ende. Die Nazis erlauben sich gegenüber Andersdenkenden Frechheiten, die selbst das bei diesem Gefindel bisher gewohnte Maß übersteigen.

In Glogau sollte am Mittwochabend auf polizeiliche Anordnung das dortige Braune Haus, das sogenannte Nordschlesierheim, geschlossen werden. Als Polizeibeamte das Grundstück betraten, fanden sie eine brüllende und singende Menge ehemaliger SA-Leute im Garten vor. Der Bezirksleiter der NSDAP, Nisch hatte sich auf das Dach gestellt und hielt von oben herab eine wütende Fehrede. Als die Nazis schließlich aus ihrer Kaserne entfernt worden waren, marschierten sie in Stärke von etwa 50 Mann, ohne von der Polizei behindert zu werden, bewaffnet mit Spaten, Mistgabeln, eisernen Rechen und Äxten, die sie geschultert trugen, auf den Marktplatz. Im Zuge wurde ein Handwagen mit zwei lebenden Schweinen geführt, auf deren Rücken man mit roter Farbe die Namen „Braun“ und „Severing“ geschrieben hatte.

Der republikanischen Bevölkerung bewußte sich angesichts dieser Vorgänge allergrößte Erregung. Da die Polizei den Demonstrationenzug, der erst nach einer Stunde in einem anderen Nazilokal endete, nicht aufhielt, sondern im Gegenteil allen Herausforderungen der Hakenkreuzbanditen freien Lauf ließ, kam es mehrmals zu schweren Schlägereien. Die Polizeibeamten machten wiederholt von dem Gummiknüppel Gebrauch, jedoch in allen Fällen nur gegen Republikaner und andere Passanten, die von der Polizei empört die Entwaffnung der Hitler-Strolche forderten. Der Ortsvorsitzende des Reichsbanners, der die Bevölkerung und seine Kameraden beruhigen wollte, wurde von den Polizeibeamten ebenfalls ohne jeden Anlaß geschlagen!

SA-Überfall auf eine Gemeinde.

Breslau, 21. April. (Eigenbericht.)

In Jankow, Kreis Ohlau, kam es am Mittwochabend zu schweren Zusammenstößen zwischen ortsfremden Nationalsozialisten und der überwiegend republikanisch gesinnten Bevölkerung der Gemeinde. Etwa 80 bis 100 ehemalige SA-Leute zogen laubend und lärmend durch die schmalen Straßen und verletzten, durch wüste Schimpfworte Andersgeinnte zu provozieren.

Als einige Reichsbannerleute sich die Anpöbeleien verkahnen und auch die Annahme von Flugblättern verweigerten, begannen die zahlreich wohl überlegenen Hitler-Banden mit Spaten und anderen Waffen auf ihre Gegner und auch auf völlig unbeteiligte Leute einzuschlagen. Dabei wurde der Bauer Helmut Koch schwer verletzt. Als die Nazis durch das Dorf zurückmarschierten, rief ihnen die Ortsbesitzersfrau Janus zu, sie möchten nochmals umkehren und mit der „roten Pest“ gehörig aufräumen. Der Ortsvorsitzende des Reichsbanners, der bei den Schlägereien zu vermitteln suchte, wurde mit Klauen, in deren Ende Bleikugeln eingelegt waren, niedergeschlagen.

Allmählich bemächtigte sich der Nazis ein vandalischer Raubzustand. Alles, was sich ihnen in den Weg stellte, wurde beschlupft und geschlagen. Sie rissen Jauntatten und Pfähle aus, warfen bei einem Kolonialwarenhandler die Schaufenster ein und beschimpften mehrere Frauen ohne jeden Anlaß mit Ausdrücken wie „katholische Sau“. Als die Frauen sich diese Beleidigungen verbaten, boten ihnen die Hakenkreuzstrolche Ohrfeigen an. Ein Versuch, einen katholischen Geistlichen aus seiner Wohnung zu holen, mißlang den Nazis, da der Pfarrer rechtzeitig seinen Hund von der Kette losmachen konnte.

Der Überfall der Nationalsozialisten auf Jankow ist, wie etwamandrei festgestellt werden konnte, planmäßig ausgeführt wor-

den. In den Händen der Nazis befanden sich Listen, auf denen die Namen von etwa 20 Jankowter Republikanern verzeichnet waren, die man aus ihrer Wohnung holen wollte. Es handelt sich also um einen besonders trassen Fall bewußten nationalsozialistischen Terrors gegen eine ganze Gemeinde. Alle 100 Mann waren ausnahmslos uniformiert. Es sind ehemalige SA-Leute, die dem vor seiner Auflösung in Schlesien besonders beachtlichen Sturm 157 Gassen angehörten. Aus dem geschlossenen Auftreten des Trupps ist zu schließen, daß dieser Sturm trotz Verbots heute noch besteht!

Die braune Nordpest.

Wie sie Oesterreich einordnen.

Wien, 21. April. (Eigenbericht.)

Als heute abend in dem Industrieort Dasing bei Wien auswärtige Pösterler zu einer Versammlung kommend, an einer Arbeitergruppe vorbeikamen, erlöschten aus dieser Gruppe. Sofort darauf stürzten sich die Hakenkreuzler auf die Arbeiter; sie stachen einem unserer Genossen ins Herz. Er ist wenige Minuten später im Arbeiterheim, wohin man ihn brachte, gestorben. Ein zweiter Sozialdemokrat mußte mit Stichwunden in Rücken und Hinterkopf ins Krankenhaus gebracht werden.

Nazis überfallen katholische Versammlung.

Wien, 21. April. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Donnerstag kam es in der niederösterreichischen Stadt Krems zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Christlichsozialen und Hakenkreuzlern.

Im Verlauf einer Wahlversammlung der Christlichsozialen ergriffen Hakenkreuzler, als der Referent zu Worte kam, Sesselstühle und Stuhlbeine und schlugen auf die Versammlungsteilnehmer ein. Ein Wehrmann des Bundesheeres in Zivil wurde schwer verletzt, auch andere trugen schwere Verletzungen davon. Die Situation wurde so bedrohlich, daß schließlich eine Kompanie des Bundesheeres mit zwei Maschinen-gewehren gegen die Nazis vorgehen mußte.

Brünings Genfer Besprechungen.

Aussprache mit Tardieu, MacDonald und Symans.

Genf, 21. April. (Eigenbericht.)

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr in Fortsetzung seiner Besprechungen über das Reparationsproblem und die Abrüstungsfrage zunächst den belgischen Außenminister Symans und anschließend den französischen Ministerpräsidenten Tardieu. Am Freitag vormittag wird der englische Ministerpräsident MacDonald dem Reichskanzler einen Besuch abstatten, am Nachmittag wird die Aussprache mit Tardieu im Beisein des Staatssekretärs von Bülow fortgesetzt.

Neuer Protestschritt wegen Memel.

Genf, 21. April. (Eigenbericht.)

Die Reichsregierung hat den Signatarmächten der Memel-Konvention am Donnerstag eine neue Note überreicht, die sich mit der Verschärfung der litauischen Maßnahmen gegen das Memelland befaßt. Insbesondere werden die ungesetzlichen Einschränkungen des Wahlrechts für deutsche Wähler und die auflösende große Zahl litauischer Einbürgerungen zur Erhöhung der litauischen Stimmzahlen einer dringenden Unterjudung empfohlen.

Labour-Wahltag in England.

Arthur Greenwood gewählt.

London, 21. April. (Eigenbericht.)

In Wakefield wurde der frühere Gesundheitsminister der Arbeitregierung Arthur Greenwood in einer Nachwahl in das Parlament gewählt. Es handelt sich um ein gegen die Konservativen erobertes Mandat.

Berlins Flaggenkrieg

Heraus mit den Fahnen des Sozialismus und der Republik!

Je näher der entscheidende 24. April rückt, desto stärker wächst die Spannung über den Ausgang der Preußenwahl. Zum dritten Male innerhalb kurzer sechs Wochen sehen die politischen Parteien, voran die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, alle Kraft ein, um den Sieg zu erringen. Und was kaum noch möglich schien, nämlich eine überall sichtbare und gewichtige Steigerung des Wahlkampfes, das ist erreicht worden durch den großen Flaggenkrieg, der seit einer Woche in Berlin geführt wird.

In jeder Straße Berlins mahnen die aus den Fenstern der Einwohner wehenden Fahnen daran, daß Wahlzeit ist. Dabei ist es interessant, wie schnell sich die Berliner an diesen Flaggenkrieg gewöhnt haben. Offensichtlich bereitet es ihnen ein großes Vergnügen, in den einzelnen Straßen die Flaggen der verschiedenen Parteien zu zählen. Und von diesen Fahnen aus werden dann nur zu leicht Rückschlüsse auf die numerische Stärke der Parteien gezogen. Das ist genauer besehen ein Trugschluß, denn dann müßte die Zentrumsparlei, die gar nicht flaggt, sehr wenig zu bestellen haben. Da man jedoch alle Agitationsmöglichkeiten nutzen muß, kann die Sozialdemokratie an diesen Stimmungen der Massen keineswegs vorbeigehen und besonders im Südosten der Stadt ist die Sozialdemokratie unbedingt Sieger im Flaggenkrieg.

Wenn übrigens in einzelnen Straßen der reaktionären westlichen Stadtteile Berlins viele Hakenkreuz- und weniger Republikfahnen zu sehen sind, dann liegt das nicht etwa an mangelndem Besermium der Republikaner, sondern an dem Terror der Hausbesitzer. So liegen uns besonders aus Friedenau Berichte vor, daß die Hakenkreuzlerischen Hauspatros unweigerlich die Räumungsfage einreichen, wenn ein Mieter rot oder schwarzrot-gold flaggt. Die Hakenkreuzfahnen dagegen können den Hausbesitzern nicht groß genug sein. Aber auch die Bäume der Hausbesitzer werden nicht in den Himmel wachsen.

Mit dem Lautsprecherauto unterwegs.

Ein prächtiges Instrument im Wahlkampf gehen außerdem die großen Lautsprecher-Autos ab. Die Sozialdemokratie läßt gleichfalls einen solchen Wagen in der Reichshauptstadt laufen. Es ist mit diesen Autos möglich, Tag für Tag einhundert Versammlungen in kürzester Zeit zu improvisieren. Auf die flotte Marschmasse hin öffnen sich alle Fenster, aus den Nebenstraßen kommen die Menschen herbeigelaufen, in den Geschäften ruht der Verkehr und dann kann man entweder langsam weiterfahren oder den großen 5-Tonnen-Wagen auch halten lassen, denn drei Kilometer weit trägt der Lautsprecher den Schall der Rede, die ungefähr sechzigmal am Tage Genosse Karl Dressel vom Bezirksverband Berlin hält. Denn der Lautsprecherwagen hat neben dem Verstärkerraum noch eine gesonderte Sprechkabine mit dem Mikrophon und das Mikrophon ist der Schallplatte, drehend überlegen, weil ein Redner dann in der Lage ist, an irgendein Ereignis, das sich eben auf der Straße abgespielt hat, anzuknüpfen. Am Antonplatz in Weihensee drohte eine Hakenkreuzfrau vom vierten Stock aus dem Auto mit einem Besen; das war ein feiner Anknüpfungspunkt, da hatte Weihensee etwas zum Lachen. Je mehr die Tageszeit vorrückt, desto stärker wird übrigens die Wirkungsmöglichkeit der Lautsprecherautos, da in den belebten Abendstunden die auf größeren Plätzen zusammenströmenden Menschen schon nach Tausenden zählen. Und ob sie wollen oder nicht, jeder Passant muß sich anhören, was die Sozialdemokratie zum Preuentamp zu sagen hat oder aber er müßte sich krampfhaft die Ohren zuhalten.

punkt, da hatte Weihensee etwas zum Lachen. Je mehr die Tageszeit vorrückt, desto stärker wird übrigens die Wirkungsmöglichkeit der Lautsprecherautos, da in den belebten Abendstunden die auf größeren Plätzen zusammenströmenden Menschen schon nach Tausenden zählen. Und ob sie wollen oder nicht, jeder Passant muß sich anhören, was die Sozialdemokratie zum Preuentamp zu sagen hat oder aber er müßte sich krampfhaft die Ohren zuhalten.

Republikaner! Fahnen heraus!

Der Gauvorstand des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ ordnet für alle Reichsbannerkameraden an:

Ab heute früh sind überall die Farben der Republik zu zeigen!

Es lebe die Republik!

Straße um Straße wird beackert.

Hinter dem Lautsprecherauto fährt noch ein Lastwagen mit Reichsbannerkameraden, die unermüdblich Flugblätter an die Umherstehenden verteilen oder schnell in die Häuser tragen. So ist es möglich, durch diese Propaganda-Kombination ganz systematisch und mit stärkster Intensität Straße um Straße und Stadtviertel um Stadtviertel zu beackern, wobei die Kolonne vor allem an Bevölkerungsdichten herantritt, die so ohne weiteres nicht in sozialdemokratische Versammlungen kommen.

Ueberraschend an Wert gewonnen haben übrigens die Häuserfronten an den großen Verkehrsstraßen Berlins. Das wirkungsvollste Transparent der Partei hängt in Neutölln am Hermannplatz, das in den Abendstunden von Scheinwerfern tageshell beleuchtet wird. Am Spittelmarkt haben die Kommunisten ein Transparent angebracht, das auffordert, Hitler und Seevering zu schlagen. Sofort hat die Sozialdemokratie die Antwort erteilt und über dem kommunistischen Transparent mahnt ein anderes: Folgt nicht der Parole der KPD!

Hitler ist euer Feind, nicht Seevering.

Deshalb wählt Liste 1: Braun-Severing!

Arbeit, keine Abenteurer

Staatsminister Grimme appelliert an die Beamtenschaft

Die Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten hatten gestern Abend in den großen Saal des Lehrervereinshauses gerufen, um den Willen der Beamtenschaft zur Erhaltung der republikanischen Regierung Braun-Severing zu bekunden. Schon lange vor Beginn war der Saal dicht gefüllt. Besonderen Beifall erzielten die stramme Hammerschäft der uniformierten Berliner Postbeamten und die trefflich vorgetragenen Gesänge der „Berliner Liederfreunde“. Auch die Filme zur Preußenwahl fanden stürmische Zustimmung.

Der mit starkem Beifall begrüßte Redner des Abends war der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Genosse Adolf Grimme. Er sagte: „In diesem schwersten Wahlkampf, den wir seit 1918 erleben, muß sich die Beamtenschaft dessen bewußt sein, daß sie in das gesamte Schicksal der Nation verflochten ist. Es geht um Tod oder Leben des Volkes, es ist ein Endkampf zwischen der politischen Vernunft auf der einen und Herrn Hitler auf der anderen Seite. Dem System der Arbeit steht das System der mörderischen Versprechungen gegenüber. (Anhaltende Zustimmung.) Beim Knistern, Besten und Zusammenbrechen einer Wirtschaftsordnung steht ein Mann da, der Freibrief und Kredit für die Zukunft ohne Sicherheiten verlangt. Den alten Wahlspruch Preußens: „Jedem das Seine“ hat er in den Wahlspruch verwandelt: „Jedem das Seine versprechen.“ Er ist nicht mehr Reisender in Programmen, sondern Reisender in Programmen im Wechselrahmen.“

Der Minister, der dauernd von Beifall unterbrochen wurde, fuhr fort: „Herr Regierungsrat Hitler verkündet eine Bereinigung des Beamtentkörpers und Rückkehr zur alten preußischen Sauberkeit. Die preußische und die deutsche Beamtenschaft hat es nicht nötig, sich von Herrn Hitler bereinigen zu lassen. Sie steht gegenüber solchen Angriffen unantastbar da. Mag man mit Einzelfällen hausieren gehen können, als Gesamtheit weiß die Beamtenschaft die Anmahungen eines Herrn Hitler mit Entrüstung zurück. Man spricht von Parteibuchbeamten. In der Vorkriegszeit gab es nur Beamte mit dem konservativen Parteibuch. Die demokratische Staatsregie-

rung hat darin Wandel geschaffen, und vielleicht darf man sagen, daß das Tempo der Republikanisierung nicht rasch genug gewesen ist. (Lebhafter Beifall.) Typisches Beispiel für einen Parteibuchbeamten ist aber der braunschweigische Regierungsrat Adolf Hitler, der ohne die geringste Vorbildung und ohne die mindeste Eignungsprüfung zu seinem Posten nur auf Grund seiner politischen Parteizugehörigkeit gekommen ist und über nichts verfügt als über Hemmungslosigkeit und Bewissenlosigkeit. (Anhaltendes Sehr richtig!)

Grimme behandelte sodann die Stellung der Frau im Dritten Reich und legte an Hand unwiderlegbarer Zitate dar, daß unter der Herrschaft des Braunhauses die Ehe zu einem Gestüt herabgewürdigt werden würde. „Wenn man auf das Programm der Nationalsozialisten sieht, tritt man auf Moorboden. Aber man sagt, man wolle keine Programme, sondern Männer. Wer ist der Mann, der Führer, der Duce? Auf jeder Seite seines Buches „Mein Weg“ sieht man hohle Selbstpfehlung, das Streben, mehr zu scheinen als zu sein und den Appell an ein Jahrmarktspublikum, dem man zuerst: „Kommt her zu mir, ich bin der wahre Jakob!“ Bei der Reichspräsidentenwahl ist das deutsche Volk an dieser Bude vorbeigegangen, weil es auf Unantastbarkeit, Männlichkeit und Charakter sieht und als Führer einen Block, aber keinen Quirl haben will.“ (Stürmische Zustimmung.)

Unter begeisterten Beifall schloß Genosse Grimme: „Es ist keine Zeit, mit Reklametrümmeln zu rässeln, wie es Herr Hitler auf Kredit tut. Die Großtat der preußischen Republik in den letzten zwölf Jahren, die uns auch durch den trübseligsten aller Winter in diesem Jahre geführt hat, wird von der Geschichte anerkannt werden. Wir wollen kein System, das die größte Vaterlandspartei, die Sozialdemokratie, als Partei der Deferture schmählt, während in anderen Lager der frühere Kronprinz steht, der mit seinem Vater in schwerster Stunde Land und Volk verließ. Wir wollen keine Politik der Abenteurer, wir wollen eine Politik der Arbeit. (Minutenlanges, stürmische Zustimmung.)

Genosse Dressel schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf Republik und Sozialdemokratie.

Jugend kämpft mit.

Wichtige Jugendkundgebung in Neutölln. — Reicht euch ein!

Siebenmal in den letzten Wahltagen hatte die Kampfleitung der Eisernen Jungfront die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zu großen Kundgebungen aufgefordert. Immer waren die größten Säle Berlins bis auf den letzten Nagel besetzt und auch gestern Abend sahen und standen wieder tausende jugendlicher Wähler in der „Neuen Welt“ Kopf an Kopf. Nach dem gemeinsamen Gesang zerteilte sich der Bühnenvorhang und mehr als eine halbe Stunde lang hatten die Roten Junker, eine Spieltruppe der Lichtenberger Arbeiterjugend, das Wort. Das mit drausendem Beifall aufgenommene Spiel klang aus in den mitreißenden Einmarsch der Fahnen.

Als erster Redner sprach Ludwig Diederich: Die Jugend muß bereit sein, das Erbe, das die Alten der Jugend zu getreuen Händen übergeben haben, zu vollenden. Die Jugend muß alles tun, um zu verhindern, daß das Werk, das unsere Väter hinterlassen haben, ihr jemals entrisen wird. Am kommenden Sonntag geht es nicht minder um die Freiheit und um die Zukunft der Jugend. Nach dem Genossen Diederich sprach, kürzisch begrüßt, Siegfried Aufhäuser. Klar und deutlich zeigte er den Unterschied zwischen dem vergangenen Junkerpreußen und dem jungen preußischen Freistaat auf. Und trotzdem verspürt die Jugend nichts von jener goldenen Jugendzeit, wie sie die Dichter einst besungen haben. Die Jugend ist hineingezogen worden in den Strudel der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Dieser versagende Kapitalismus kämpft bereits nicht mehr mit offenem Biss. Im Faschismus hat der Kapitalismus seine Schutztruppe geschaffen. Auf dem historischen Boden Preußens wird am kommenden Sonntag die Entscheidungsschlacht zwischen dem Faschismus und der Arbeiterbewegung geschlagen. Genosse Aufhäuser schloß mit einem begeistert aufgenommenen Appell an die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen: Erkennt mit uns eure große geschichtliche Aufgabe! Reicht euch ein in die Armee der kämpfenden Arbeiter, kämpft mit uns für den Sieg des Sozialismus!

Die „Rote Rote“ zeigte ihr Können. Und dann erhob sich die Riesenerfaltung und mächtig tönte die „Internationale“ durch den Saal.

Nazis als Verbrecher.

Fünfundzwanzig Strolche überfallen junge Arbeiter.

Uns wird ein Vorfall bekannt, der sich am Mittwochabend zugetragen hat und die gemeinen Kampfmethoden der Nazistrolche besonders verdeutlicht.

Ein junger Arbeiter von 19 Jahren fuhr mit dem Rade von seiner Arbeitsstelle nach Hause. An der Ecke Artilleriestraße stieg er einen Augenblick ab, um einem vom Lustgarten zurückkehrenden Zuge der Nationalsozialisten zum Borbeiziehen Platz zu lassen. Den Umstand, daß er ein Hindernis-Rad benutzte und außerdem die Abzeichen der SA und der Hammerschäft trug, mußten in der kurzen Spanne des Verharrens die Nationalsozialisten bemerkt haben: denn plötzlich erhielt er einen Schlag in den Rücken und rund 25 Hitler-Jünger drangen auf ihn ein. Vergeblich versuchte er sich gegen die Uebermacht zur Wehr zu setzen. Schupo war nicht zur Stelle. Das gemeinte aber war: Einer der nationalsozialistischen „Kämpfer“ zog ein Messer und stach damit dem gegenüber der Uebermacht mehrlosen jungen Manne in die Hand, so daß zwei Finger schwer verletzt wurden. Nur mit Mühe gelang es unserem tapferen Jugendgenossen, sich von den Rohlingen loszumachen und eine Rettungsstelle aufzusuchen.

Fünfundzwanzig gegen einen und dann noch mit dem Messer — das ist ein Zeugnis für die Tapferkeit der braunen Horden.

Deckeneinsturz in einem Gerichtssaal.

50 Anwesende unter den Trümmern begraben.

Paris, 21. April.

Ein schweres Einsturzungsglück ereignete sich am Donnerstagnormittag während einer Gerichtsverhandlung im großen Sitzungssaal des Justizgebäudes von Ajaccio auf Korsika, in dem etwa fünfzig Personen versammelt waren. Plötzlich stürzte die Decke ein und begrub alle Anwesenden unter den Trümmern. Feuerwehr und Militär konnten bisher fünfzehn Leichen bergen. Eine ganze Reihe Schwerverletzte mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

Polizei in höchster Alarmstufe.

Genau wie bei den beiden Reichspräsidentenwahlen ging auch die gesamte Berliner Polizei auf bei den Preußenwahlen wieder in höchster Alarmstufe stehen. Von Sonnabend morgen, 10 Uhr, bis Montag mittag, im Bedarfsfälle noch darüber hinaus, werden die Beamten erhöhten Mardienst tun. Es werden Doppelposten, Radfahrstreifen und Schnellkraftwagen eingesetzt. Besonders werden auch die Wahllokale gesichert.

Strecke Potsdamer Bahnhof — Dorfstraße gesperrt.

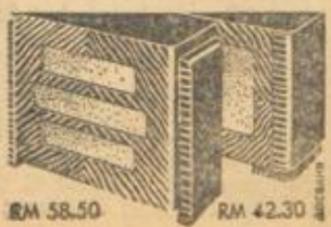
Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, muß die Strecke Potsdamer Ringbahnhof — Dorfstraße in der Nacht vom Sonnabend, dem 23., zum Sonntag, dem 24. April, von 8 Uhr abends bis Betriebschluß wegen Auswechslung einer Brücke gesperrt werden. Die Vorortzüge nach und von Vichtersfelde-Ost beginnen und enden daher in Papestraße, die Züge nach und von Jossen in Dorfstraße. Reisende von und nach diesen beiden Stationen werden gebeten, vom Potsdamer Ringbahnhof bis Papestraße und umgekehrt die Südringzüge zu benutzen und in Papestraße umzusteigen. Näheres wird auf den Bahnhöfen durch Aushänge bekanntgemacht.

Tausende sind begeistert

von der hervorragenden Klangschönheit, Tonreinheit und nicht mehr zu überbietenden Wiedergabe von Musik und Sprache der neuen GRAETZ-Induktor-Kraftsystem-Lautsprecher Nr. 99 und 3001

EHRICH & GRAETZ A. G., ABT. 27, BERLIN SO 36

Wann werden Sie sich von der besonderen Güte dieser neuen Graetz-Lautsprecher überzeugen? Sonderdruckschrift Nr. 205 m Sonderquellen-Nachweis auf Anforderung.



Diebstahl an Krüppeln.

Schwerfverkrüppelten werden die „Selbstfahrer“ gestohlen.

In letzter Zeit wurden zu wiederholten Malen sogenannte Selbstfahrer, auch Invalidenwagen genannt, aus Hausfluren, Kaminen und dergleichen gestohlen. Da es sich bei den Bestizern dieser Wagen um schwer bewegungsgehemmte Menschen handelt, die ohne Wagen nicht fähig sind, auch nur kurze Strecken zurückzulegen, ist der Diebstahl eines solchen Wagens besonders verwerflich und gemein. Der Reichsbund der Körperbehinderten E. V. Landesverband Berlin-Brandenburg, Berlin-SO. 16, Märkisches Tier 48, wendet sich darum an die Bevölkerung mit der herzlichsten Bitte, bei der Verhinderung dieser Diebstähle mitzuhelfen dadurch, daß sie alles Verdächtige, insbesondere wenn ein Selbstfahrer unter besonderen Umständen irgendwo auftaucht, dem genannten Bunde mitteilt.

Der letzte dem Bunde bekanntgewordene Diebstahl ist der bei dem beingehinderten Gustav Knaack, Berlin N. 24, Flugstr. 6, verübt. Hier ist der Selbstfahrer in der Nacht vom 3. zum 4. April aus dem Hausflur gestohlen worden. Der Wagen trug an der Rücklehne ein Blechschild der Fabrikationsfirma Wuth. Er war mit rechtsseitiger Steuerung versehen und es befand sich in ihm auch ein Brotbeutel mit Werkzeug, Schraubenzieher, Hitzzeug und dergleichen. Die Polsterung des Wagens war schon etwas defekt. Da der Wagenbesitzer das Gefährt ganz nötig braucht, um den Weg zur Arbeitsstätte zurückzulegen, liegt hier ein ganz besonders trauriger Fall der Schädigung vor.

Auch unterwegs kann gewählt werden.

Auf Veranlassung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hat der preussische Minister des Inneren durch Verfügung vom 14. April 1932 für das reisende Publikum und die auf den fahrenden Zügen beschäftigten Eisenbahner und die Arbeitnehmer der Schlaf- und Speisewagen Möglichkeiten zur Ausübung des Wahlrechts zum Preussischen Landtag geschaffen. Für alle über Hannover fahrenden Züge, und zwar die Züge zwischen Berlin-Münchendorf, Amsterdam-Berlin, im Hauptbahnhof Hannover. Das Wahllokal ist durch große Plakate auf allen Bahnsteigen kenntlich gemacht. Für die Züge zwischen Frankfurt a. M. und Stuttgart-Berlin auf dem Hauptbahnhof in Erfurt. Auch dort ist das Wahllokal durch Schilder gekennzeichnet. Ferner wurde ein Wahllokal, insbesondere für die Züge, die Sonntag früh aus der Schweiz kommen, in Frankfurt a. M., Wiesenhütten-Schule, Wiesenhüttenplatz 34, direkt am Hauptbahnhof eingerichtet. Die Wahlberechtigten müssen sich selbstverständlich sofort in den Besitz eines Wahlzettelns setzen, um ihr Wahlrecht auszuüben.

Heute, Freitagvormittag, ist übrigens die letzte Möglichkeit, sich einen Wahlzettel ausstellen zu lassen. Wer also auf einen Wahlzettel angewiesen ist, besorge ihn sich sofort.

Tüchtige Schupos werden gelobt.

Dieser Tage hat Polizeipräsident Orzeszinski wieder eine Reihe von Polizeibeamten gelobt und ihnen seine besondere Anerkennung für ihre Umsicht sowie ihr tatkräftiges und unerschrockenes Verhalten im Dienst ausgesprochen. Im November vergangenen Jahres wurden von einem Polizeiauto in Reutlin, in dem sich der Vorsteher des 217. Reviers, Polizeioberleutnant Barisch und die Oberwachmeister und Wachmeister Arthur Müller, Hans, Wiebranz, Bathe, Seid, Brunn, Krug und Jersch sowie der Führer des Autos, Wachmeister Reimers befanden, sechs verdächtige Männer festgenommen. Drei Männer wurden im Besitze von schußbereiten Pistolen angetroffen. Durch die Umsicht der Beamten ist viel Unheil verhütet worden. Die übrigen Belobigungen beziehen sich auf Festnahmen von Einbrechern und mit Pistolen bewaffneten Anhängern radikaler Parteien. In diesem Zusammenhang fanden Anerkennung und erhielten Belobigungen die Oberwachmeister Rode und Scheele vom 220. Polizeirevier in Reutlin, Wachmeister Herzog von der dritten Inspektion Alexander und Wachmeister Walter Krüger von der Inspektion Tiergarten, der allein mehrere Radikalisten festnahm und drei geladene Schusswaffen beschlagnahmte.

Aus dem Geleise geworfen

Wie ein ehrenvoller, alter Beamter schuldig wurde

Der Oberpostschaffner D. hatte 26 Jahre tadellos seinen Dienst versehen. Seine Kinder waren verheiratet, sein Gehalt, 108 M. monatlich, genügte für ihn und seine Frau zu einem einigermaßen auskömmlichen Dasein; er ging seiner Pension und einem zufriedenen Alter entgegen. Da geschah aber etwas Unvorhergesehenes. Ein Nachkommling erfüllte die Wohnung des alternden Ehepaares mit neuen Freuden und neuen Sorgen. Das Kind, ein Junge, entwickelte sich ausgezeichnet, es wurde des Vaters Liebling und Abgott. Das Glück währte nicht lange. Drei Jahre später war das Kind tot. Der untröstliche Vater wurde schwermütig, wollte sich das Leben nehmen, die Frau brachte ihn nur mit Mühe davon ab.

Und eines Tages geschah etwas, was er früher nicht für möglich gehalten hätte. Bei einer Briefbestellung fiel ihm ein Brief auf, aus dem ein Hünmarktseidmännchen lugte; er nahm das Geld an sich. Das war im Jahre 1929. Was in dem bisher pflichttreuen Beamten vor sich gegangen war, läßt sich schwer sagen. Jedenfalls folgte der einen Pflichtverletzung eine zweite, eine dritte usw. Er empfand darin eine eigentümliche Genugtuung. Es lenkte ihn auch von seinen schändlichen Gedanken an sein totes Söhnchen ab. Das Geld — es sollen im ganzen nicht mehr als 150 M. gewesen sein — verwendete er zur Schmückung des Grabes seines kleinen toten Jungen. Er kannte überhaupt keine andere Leidenschaft als dieses Grab. Er rauchte nicht, trank nicht und hatte auch sonst keine kostspieligen Gewohnheiten. So trieb er es mit den Briefen bis Anfang dieses Jahres. Als sich aber auf dem Postamt die Beschwerden über nicht zugestellte Briefe immer mehr häuften, setzte eine verstärkte Kontrolle ein; der ungetreue Beamte wurde überführt, er war geständig.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte erzählte der Mann,

wenn auch etwas schwulstig, so doch überzeugend, wie der Nachkommling zu seinem Sonnenschein und später zu seinem Schicksal wurde. Er sei mit dem Kleinen nicht minder verwachsen gewesen als dieser mit ihm; sein Tod habe ihn vollkommen aus dem weltlichen Gleichgewicht geworfen.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus, die geistlich zulässige Mindeststrafe. Es schien für das Gericht ein anderes Urteil nicht möglich; ein Oberpostschaffner hatte hier in Vereinerungsabsichten ihm amtlich anvertraute Urkunden beiseite geschafft. Trotz dieser eindeutigen Sachlage brauchte das Gericht ¼ Stunden zur Beratung. Das vom Landgerichtsdirektor Steinhaus verkündete Urteil kam völlig überraschend. Das Gericht ernelte die Berechtigung absichtlich: Es sei möglich, daß der Angeklagte die Briefe nur geöffnet habe, um sich durch den damit verbundenen Nebenbefund von den Gedanken an sein Söhnchen abzulenken. Die rechtliche Auslegung, hieß es in der Urteilsbegründung, befriedige insofern, als es die Möglichkeit gebe, entsprechend der öffentlichen Meinung, die das betreffende Geleise zu hart finde, nicht auf Zuchthaus, sondern auf neun Monate Gefängnis zu erkennen. Die Verurteilungen des Angeklagten könnten aber nicht scharf genug verurteilt werden. Die Strafe dürfe deshalb nicht zu niedrig ausfallen; es war ihm auch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die geistlich zulässige Höchstdauer von fünf Jahren abzusprechen.

Das Urteil, Ergebnis eines harten Kampfes im Beratungszimmer, ehrt das Gericht. Ob aber der Staatsanwalt sich mit dem Urteil zufrieden gibt und ob die zweite Instanz es gutheißt, bleibt dahingestellt. Hoffen wir es: Menschlichkeit geht vor Gesetz.

So sieht sie aus — die Familie Zint!

Ganz Berlin lacht über sie

Von einem Parteigenossen und ehemaligen Arbeitskollegen des von der „Roten Fahne“ zum Muster aller deutschen Kommunisten in Moskau aufgezüchteten Bernhard Zint erhalten wir folgende Zuschrift:

Anders als in Rußland gab sich der Elektroschweißer Bernhard Zint, als er noch in Berlin weilte, Gemütsentwässerung er auch schon hier Tendenzen revolutionärer Art, aber niemand von seinen Kollegen in den Betrieben konnte ahnen, daß, wenn Zint acht Stunden in den Betrieben gearbeitet hatte, er noch weitere sechs Stunden in einer anderen Quecksilber arbeitete. Und wenn die Werttage nicht ausreichten, nahm er auch noch die Sonntage zum Ueberstundenjahren hinzu. Seine Kollegen hier in Berlin können sich nicht erinnern, Bernhard Zint jemals als revolutionären Funktionär oder Vertrauensmann kennengelernt zu haben. Erstaunt wird der Prolet auch über Vater Zints Haushaltsbuch in Berlin gewesen sein. Mit 310 M. den Monat läßt es sich in Berlin ganz gut leben, und demnach hat er durch unkollegiales Verhalten mehr verdient. Mutter Zint brachte das Essen in die Fabrik, damit Vater Kraft gewann, um Ueberstunden schieben zu können. Die „Bloniere in einer neuen Welt“ — so nannte die „Rote Fahne“ die Zints — haben hier in Reutlingen-West viel trauernde Hinterbliebene gelassen. Nicht nur, daß das Vieh der Nachbarn durch den Ueberfluß der Molkerei-Rücherei — Mutter Zint war Leiterin der Küche — gefüttert wurde und den Fortfall spüren wird, beweinen auch die kleinen Geschäftleute in der Umgebung den eiligen Fortzug der Familie Zint. Ueberrascht war z. B. der Möbelhändler K., als er das Moskauer Bild der Familie Zint in der „Roten Fahne“ zu Gesichte bekam. Freudig bemerkt er aus: „Benignus lebe ich noch einmal meine Bettstellen wieder, denn 121 M. sind noch darauf zu zahlen, neben Korbmöbeln und Wandbühnen.“ Das Paradies aus Sowjetrußland scheint

nur in der Phantasie des Redakteurs der „Roten Fahne“ zu liegen, der aus Beruf den kommunistischen Wählern Potemtschische Dörfer malt. Der junge 23jährige Otto Zint schreibt Briefe an seinen früheren Lehrer der weltlichen Schule Reutlingen-West und seine früheren Schulkameraden, die alle das große Heimweh spüren lassen: „Ach, könnte ich doch zurück, dorthin, wo es Meinungsfreiheit und Freude gibt!“ Sein ehemaliger Lehrer teilte ihm mit, daß er jederzeit in seinem Hause willkommen sei, wenn er zurückkommen wolle. Vielleicht können wir den jungen Zint als klassischen Kronzeugen für die paradiesischen Zustände Sowjetrußlands bald wieder in Berlin begrüßen. Otto Zint, der im Bild der „Roten Fahne“ als Stilkäufer dargestellt wird, hat diesen Sport schon hier in Deutschland ausüben können. Große Fahrten mit dem Lehrer und der Jugendgruppe der weltlichen Schule nach dem Riesengebirge, nach Schweden und dem schönen Land Tirol hat er mitgemacht. Auch Lotte Zint war einmal in Schweden. Das Geld für diese Fahrten konnte sich Otto Zint von seinem Arbeitsverdienst hier in Berlin ersparen.

Besonders stolz ist die „Rote Fahne“ auf den 72jährigen Schwiegervater Banislow, der in Moskau, in der Fabrik arbeiten muß. In Deutschland bezog er Invalidenrente und wurde von seiner Gewerkschaft unterstützt.

Ganz Reutlingen-West lacht über die „Musterfamilie“ Zint in Moskau, die mit marxistischer Reflektanz von der „Roten Fahne“ propagiert wird.

Selbstmord eines Berliner Postbeamten in Allenstein. In den Anlagen des Kriegerdenkmals in Allenstein in Ostpreußen erschloß sich gestern nacht der Postbeamte Hans Gericke aus Berlin-Nichtenrade, Potsdamer Str. 21.



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Seitab, dort, wo noch vor kurzem ein wohlhabendes Dorf stand, zieht sich eine lange Reihe nackter Felsen und Schornsteine hin, brandgeschwärtzte Trümmerhaufen.

Ein düstere Schwermut lastet auf einem jeden von uns. Da wirkt alles zusammen: die grauenvolle Erdhöhle, der kaum zu durchwatende Schmutz, der finstere Himmel, der Regen und der über unseren Hauptern hängende Tod.

So müde sind wir, so furchtbar müde, und dennoch können wir uns nicht ausruhen. Wir möchten schlafen, es schwindelt uns im Kopf, die Augen fallen zu, die Lider sind bleischwer. Die Beine knicken vor Schwäche ein, aber an Schlaf ist nicht zu denken, man kann sich nirgends hinlegen, nirgend den Kopf anlehnen, nirgends sich anlehnen.

Wir haben Hunger. Unsere Mägen sind seit langer Zeit leer. Aber es gibt nichts zu essen. Die Küchen kommen durch den tiefen Schmutz nicht vorwärts, und die unterkommenen Berluche, Essen in Eimern zu holen, hatten den Tod der Essenholer zur Folge.

Wir möchten gern arbeiten, wir leiden unter dieser hoffnungslosen Untätigkeit, aber zu tun gibt es nichts, und so bringen wir ganze Stunden mit Mühseligkeiten hin; wir lassen die Tiere auf der Handfläche herumspazieren, beobachten sie, vergleichen sie mit denen der Kameraden und töten sie schließlich, indem wir sie mit dem Fingernagel auf einen Ziegel splitter zertrüben.

Wir marschieren viele Stunden lang auf der von Granaten verwühlten Landstraße. Wir kommen an den Dörfern vorbei, die von unserer Artillerie in Brand geschossen worden sind. Nichts als Feuerstellen mit starrenden Schornsteinen und daneben Haufen von Brandschutt. In zwei langen Reihen ziehen sie sich die ganze Dorfstraße entlang. Sonst gibt es

hier nichts. Keinen einzigen Menschen. Nicht einmal Hundegedüll.

Das Feuer hat alles gefressen, was Feuer fressen kann. Alle Dörfer, durch die wir kommen, sehen einander ähnlich. Es ist, als seien wir im Kreise gelaufen und jetzt wieder zu dem ersten verbrannten Dorf zurückgekehrt.

Die Feuerstellen stehen da wie zum Himmel ausgestreckte Hände. Oder wie zwei Glieder Soldaten: man hat ihnen Uniformen, Haut und Brustkleid weggerissen, hat sie stapliert und als unheimliche Stelette in Reih und Glied stehen lassen.

Ueber den Brandstellen stäubt noch ein dünner grauer Rauch und erinnert daran, daß es hier noch vor kurzem Leben gegeben hat, daß Menschen erst vor kurzem diesen Ort verlassen haben.

Auf den Feldern begegnen wir Scharen von Bauern. Sie weichen aus und lassen uns vorüber. Kinder in Lumpen sitzen auf allerlei Hausrat in den hochgedeckten Wagen. Ihre kleinen Gesichter sind grau vor Hunger, die roten Nasen gekraust, die Augen vom Weinen geschwollen. Wild durcheinander liegen Tröge, Feuerhaken, Kochtöpfe und Rissen auf den Führen. Hinten sind magere Kühe angebunden, die während des Aufenthalts gleichgültig wiederkäuen.

Die Frauen weinen leise vor sich hin und wischen sich mit den Händen über die schmutzigen Gesichter.

Karawanen von geflüchteten Bauern kommen uns entgegen. Die Frauen tragen Ueberbleibsel von ehemals grellbunt gemalten Volkstrachten. Rote Tücher, turbanartig geschlungen, auf den Köpfen, verschmutzte Beiderwankleider mit Stickerien am Kragen und an den Ärmeln. Die umgeschmürten Wagen kreischen, die hungrigen Kühe brüllen, der armselige Hausrat klappert und lärmt.

Wohin ziehen sie? Ringsum ist auf hundert Werst alles verbrannt, mit Blut getränkt, von den schweren Soldatenstiefeln zweier großer feindlicher Armeen zertrampelt.

Die Soldaten laufen so gleichgültig, durch nichts in Verwunderung zu setzen, verbittert und apatisch, die Soldaten haben tiefstes Mitleid mit den Bauern.

In den letzten Tagen hat es überraschende Fröste gegeben. Während des Marschierens werden die Füße warm, wenn wir haltmachen, werden sie sofort wieder kalt. Immer noch sind wir in den leichten Feldmägen. Irgendwo in der großen Bagage gondeln unsere fibrillischen Halbpelze, Lammfellmägen und Fausthandschuhe herum. Vielleicht wärmen sie

die Bagage, aber wir können hier frieren. Die Soldaten kämpfen.

„Und dies Schwein von Gorpptschenko pöfelt sich wahrscheinlich unsere Winterfächer ein.“

„Was kann Gorpptschenko dabei tun? Das ganze Regiment hat noch keine Winterfächer gehabt, also ist noch kein Befehl dazu gegeben worden.“

„Sie haben Angst, daß wir dann schwerer vorwärtskommen. Oder daß wir zuviel schwitzen.“

„Ja, das ist wahr, das Marschieren wird dann schwerer.“

„Dafür braucht man nicht mehr zu frieren.“

Wir haben schon lange keine Ähnlichkeit mehr mit den strammen, in der Taille vom Koppel zusammengeschnürten Soldaten, deren Anblick Regiments- und Bataillonkommandeure entzücken konnte.

Mit allen möglichen Visten haben wir uns in den Besitz der verschiedenartigsten Lumpen, Stoffreste, alter Mägen gefeßt und uns damit behängt. Ich habe einen Mägenling eine große Lammfellmüge mit schon stark gelichtetem Pelz abgekauft und sie mir über Kopf und Ohren gezogen. Der Mantelkragen ist aufgestellt und mit einem Handtuch wie mit einem Schal umwickelt. Nolin hat sich einen langen Fußlappen um den Kopf geschlungen, wie die Bauernweiber ihre Tücher, und darauf die Müge gefeßt. Die Stiefel hat er mit bunten Vapen aus zerrissenen Matrasen umwickelt. Wassilento hat einen toten Deutschen den Helm abgenommen und füllt sich darunter sehr wohl. Robin hat, offenbar auf die gleiche Weise, einen getrickten Kopfschüler an sich gebracht und ist geradezu selig mit ihm. Der hauslicherische Koffer hat ein Stück Planelle zu einem schmalen Streifen zusammengelegt und damit seine Ohren umwickelt, so daß die Knoten unter die Müge zu liegen kommen. Ein Reservist hat irgendwo ein großes Stück von einer zerrissenen Felddecke gefunden, trägt es jetzt um die Schultern gehängt, und die Wäse sieht überall hervor.

Abwärts von der Dorfstraße liegt ein verbrannter Marktsteden. Mittendrin stehen die Ruinen eines Backsteingebäudes. Das findet man mancherorts, diese Ueberbleibsel von Ziegelbauten. Die anderen kleinen Häufchen, unordentlich über den ganzen Platz hin verstreut, sind gänzlich niedergebrannt und sehen täglich aus mit ihren weißgelblichen, halb zerstörten Feuerstellen.

Die Soldaten tauschen ihre Eindrücke aus.

(Fortsetzung folgt.)

Der neue Geschäftszweig.

Ein Jahr Gefängnis wegen Falschmünzerei.

Schwere Zeiten! Ein jeder hilft sich, wie er kann. Der eine auf gefeglichem Wege, der Struppellose auf ungeleglichem. Er übernimmt dann auch das Risiko. Manches Mal auch nicht. Der Installateur R. gehörte zu den Struppellosen, die das Risiko nicht tragen wollten. Durch das Schöffengericht Berlin-Mitte wurde er eines besseren belehrt.

R.'s Installationsgeschäft wollte nicht gehen. Die Aufträge blieben aus, die Miete konnte nicht mehr bezahlt werden, auf irgendeine Weise mußte er sich Rat schaffen. Also fand er einen Ausweg: Falschgeld herstellen. Seinen Angestellten weichte er in seine Pläne nicht ein. Er besorgte das erforderliche Material, stellte die nötigen Werkzeuge her und ging an die Vorarbeiten. Der Angestellte glaubte, es sollten irgendwelche Kassegeldstücke gefertigt werden. Je weiter aber die Arbeit fortschritt, desto klarer wurde es ihm, worum es sich eigentlich handelte. Er geriet in Gewissenskonflikt. Sollte er an der Falschmünzerei auch weiter teilnehmen und sich strafbar machen? Sollte er die Arbeitsstelle aufgeben und heillos werden? Er entschied sich für das erstere; er arbeitete fleißig weiter, im geheimen hintertrieb er aber die Tätigkeit seines Chefs. Er feilte die hergestellten Stücke in einer Weise an, daß sie unbrauchbar wurden. Das Spiel konnte aber so nicht ewig währen. Die Stücke waren verrottungsreif. Nach wenigen Tagen und sie würden im Umlauf gebracht werden. Jetzt hieß es Entschluß fassen. Der Angeklagte begab sich zu seinem Freund, fragte ihn um Rat. „Du gehst zur Polizei“ sagte dieser. „Ich kann es nicht.“ „Dann tue ich es.“ Und er tat's.

Die Polizei hob die Falschmünzwerkstatt auf, setzte den Installateur fest. Dieser bestritt alles. Er habe mit dem Ganzen nichts zu tun. Wenn sein Angestellter hinter seinem Rücken seine Installationswerkstatt zur Falschmünzerei mißbrauche, was könne er dafür. Dabei blieb er auch in der Gerichtsverhandlung. Die Lüge war zu durchsichtig. Deshalb sollte der Angestellte die Sache zur Anzeige gebracht haben, wenn er selbst der Urheber des Unternehmens war?

Das Gericht (Senkte R. keinen Glauben. Es verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis, seinen Angestellten nur zu vier Monaten Gefängnis. Die Entscheidung über Bewährungsfrist wurde zurückgestellt.

Auch Staatspartei rechnet mit Nazis ab.

Mißglückte Versammlungsförderung der Hakenkreuzler.

In einer gut besuchten Versammlung der Staatspartei in den Kammerböden, in der Polizeipräsident Dr. Weiß sprach, provozierten Nazisolonen selbstverständlich wieder einen Zusammenstoß mit dem anwesenden Saalkönig des Reichsbanners. Als nämlich Dr. Weiß die Frage erörterte, wer wohl unter Hitler die Rolle Bismarcks spielen solle, und als er auf die vielen Zurufe: „Goebbels“ ironisch meinte, daß Goebbels, obgleich er den Krieg nicht mitgemacht habe, vielleicht die Rolle des Kriegeministers Roon spielen solle, kam es in der Ecke der Nationalsozialisten zu großem Tumult, so daß der Reichsbanner-Saalkönig eingreifen mußte. Unter allgemeiner Unruhe brach zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten eine Schlägerei los, der erst die herbeieilende Polizei ein Ende machte. Etwa 40 Nationalsozialisten mußten aus dem Saal entfernt werden. Dann konnte Dr. Weiß seine Rede ungestört zu Ende führen; er gab einen Rückblick auf die Geschichte der Berliner Polizei seit dem 9. November 1918, die eine Reihe unablässigen Kampfes gegen die politischen Kräfte des Unruhigen darstelle. Ein wesentliches Verdienst der preussischen Machthaber seit November 1918 sei es, daß sie es verstanden hätten, eine Polizei zu schaffen, die alle Anstürme von rechts und links zurückgewiesen und die Ordnung aufrechterhalten habe. Angesichts der rechts- und linksradikalen Staatsfeinde müsse man die Aufopferungsbereitschaft der Polizei bewundern. Die jegliche Auflösung der nationalsozialistischen SA und SS sei völlig reibungslos verlaufen, weil die Nationalsozialisten die Schwäche ihrer Position fühlten und deshalb kuckten, und weil die Polizei mit Umsicht und Listkraft zugegriffen habe. Endlich einmal sei wieder durch einen klaren entschiedenen Machtspruch die Autorität des Staates stabilisiert und Hitler und sein Anhang so behandelt worden, wie sie es als Staatsfeinde verdienten. (Stürmischer Beifall.) Der demokratische Staat würde Selbstmord begehen, wenn er die Grundzüge der Demokratie auch gegen seine Feinde anwenden würde.

Todesurteil gegen Kabelleh rechtskräftig.

Cetsylg. 21. April.

Dem zweiten Straffenal des Reichsgerichts ist die Revision des Händlers Johannes Kabelleh aus Berlin-Steglitz als unbegründet verworfen worden. Damit hat das wegen Mordes aus Todesstrafe lautende Urteil des Schwurgerichts Potsdam vom 9. Dezember 1931 Rechtskraft erlangt. Der 23jährige Mörder hatte, wie erinnerlich, in den Nachstunden des 24. Januar 1931 den Fuhrunternehmer Bonick, in der Absicht, ihn zu berauben, zu einer Fahrt nach Fersch veranlaßt und dort in einer einsamen Waldlichtung hinterücks mit drei Revolverkugeln getötet.

Hindenburg-Krankenhaus wird nicht verpachtet. In verschiedenen Berliner Blättern ist in der letzten Zeit eine Notiz erschienen, wonach Verhandlungen mit Privatpersonen geführt würden, um das Hindenburg-Krankenhaus zu verpachten. Hierzu wird festgestellt, daß weder das Bezirksamt noch der Stadtmagistrat oder eine sonstige Stelle der zentralen Gesundheitsverwaltung solche Verhandlungen geführt hat oder führt.

Im Kampf um Preußen

Höchste Aktivität der Berliner Sozialdemokratie

Auch über die letzten Tage liegen uns aus allen Kreisen Berlins und aus zahlreichen öffentlichen und privaten Vereinen Berichte über Versammlungen und Kundgebungen der Berliner Sozialdemokratie in so großer Anzahl vor, daß es uns unmöglich ist, wie gern wir es auch möchten, bis ins einzelne unsere Leser zu informieren. Wir müssen zusammenfassen und feststellen, daß die Arbeiterschaft der Reichshauptstadt fest entschlossen ist, am kommenden Sonntag die Position der Republik in Preußen gegen den Ansturm der Reaktion von rechts und links zu behaupten.

Wir referieren in Kürze: Der große Saal im Schützenhaus in Reinickendorf-Ost, in dem Landtagsabgeordneter Maderholz über die Notwendigkeit der Erhaltung der Regierung Braun-Severing unter stärkstem Beifall sprach und Genossin Gladosch einen Appell an die Frauen richtete, war überfüllt. Im Birkenwäldchen in Tempelhof mußten die Arbeiterkämpfer und das Tambourcorps des Reichsbanners, die in bekannter Opferbereitschaft zum Gelingen der Versammlung beitragen, gebeten werden, während der Referate ihre Plätze zu räumen, um den andrängenden Zuhörern Platz zu schaffen. Landtagsabgeordneter Erich Rüttner und Genossin Kern waren hier die Redner. Der proletarische Bedding hatte gestern zu nicht weniger als drei Versammlungen aufgerufen, die alle einen außerordentlich starken Besuch aufwiesen. In den Pharus-Sälen in der Müllerstraße forderte Genosse Diersdorf auf, am Sonntag die Feinde der Demokratie zum dritten Male zu schlagen. Genosse Gottlieb Reetz unterstrich in den „Atlantik-Sälen“ am Gesundbrunnen vor einer überaus stattlichen Schar von Männern und Frauen noch einmal die Verdienste der Preußenregierung. Den Unterschied zwischen dem alten und neuen Staat lehnte Genosse Dr. Michler in der überfüllten Hochschulbrauerei, Ecke See-straße, noch einmal Revue passieren. Der im Sportpalast von seinem „Berufskollegen“ ungemein roh geschlagene Genosse Paul Schmidt schilderte mit Wärme den Lieberfall; eine Welle der Verurteilung der Heidentat dieser Burfschen ging hierbei durch die Versammlung. In allen drei Versammlungen trugen die Hammer-

schaften, Reichsbanner, Sportler und Jugend zum Gelingen der Kundgebungen bei.

Auch der Bezirk Kreuzberg wies gestern eine größere Anzahl wohlgeleitener, sehr stark besuchter Veranstaltungen auf. Ebenso lauten die Berichte aus Charlottenburg und Schöneberg, aus Bantow und dem Friedrichshain, aus Staaken und Siemensstadt, aus Niederschöneweide-Johannisthal, aus Friedrichshagen und Grünau, aus Adlershof und Walsdorf, aus Tegel und Barligwalde. Gleich eifrig und erfolgreich war die Propagandaarbeit in den Betrieben. Vor der Bewag-Belegschaft referierten in den Germania-Sälen in der Chausseestraße vor einer außerordentlich starken Zuhörerschaft Polizeipräsident Grzesinski und Genosse Orlopp vom Gesamtverband. Franz Kändler sprach zu den Mitarbeitern der VOB vom Bahnhof Köpenick. Max Tschner und Richard Joachim wandten sich an die Angestellten des Berliner Verkehrs vom Bahnhof II Müllerstraße und von der Verkehrstraktion U-Bahn.

Riefenkundgebung der Bewagbelegschaft.

Die im großen Saal der Germania-Säle abgehaltene Versammlung der Arbeiter und Angestellten der Bewag gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung. Sie war gleichzeitig eine Antwort auf die seit einiger Zeit von der KPD und ihrem Organ, der „Roten Fahne“, veranstalteten Hege gegen Funktionäre der Bewag. Auch das Bearbeiten der Bewagbelegschaft durch die Nazis und das anschließende Sympathisieren einiger Dienststellenleiter mit ihnen hatte nicht vermocht, die Belegschaft von dem Besuch dieser Veranstaltung abzuhalten. Im Gegenteil, mehrere hundert Kollegen fanden keinen Einlass mehr, da die Versammlung kurz nach Beginn wegen Überfüllung polizeilich gesperrt werden mußte. Nach dem unter den Klängen einer Musikkapelle erfolgten Einmarsch der Fahnen und einer Hammerschicht sprach stürmisch begrüßt Berlins Polizeipräsident, Genosse Grzesinski, über den „Kampf um Preußen“. Während Genosse Grzesinski die politischen Verhältnisse in Preußen vor dem Kriege und nach der Revolution gegenüberstellte, sprach der zweite Redner, Genosse Orlopp, über die wirtschaftliche Bedeutung des Kampfes um Preußen für die Arbeiter- und Angestelltenchaft. Die Schlussfolgerung beider Redner war eine Aufforderung, die Zeit bis zum 24. April noch auszunützen und am Tage der Wahl dafür zu sorgen, daß alle Stimmen der Arbeitnehmerschaft reiflos der Liste 1, Braun-Severing, zugeführt werden.

Ein bedauerlicher Vorfall spielte sich noch nach Schluß der Kundgebung ab: ein Kollege der Bewag wurde in der Nähe des Lehrers Bahnhofes von 40 bis 50 entmenschten Nazis überfallen und durch Faustschläge im Gesicht und Messerstiche am Kopf schwer verletzt.

Auch Lichtenrade ist mit dabei.

Auch in Lichtenrade, dem kühnsten Süden Berlins, bewies gestern Abend eine glänzende Kundgebung der Eisernen Front den festen Willen unserer Genossen, am 24. April der Liste 1 den Sieg zu bringen. Genosse Bittke, der Redner des Abends, hielt scharfe Abrechnung mit den Nazis. An Hand Goebbelscher Sätze, u. a. den bekannten vom „Sozialismus des Alten Fräulein“, entstellte er sie des sozialistischen Mäntelchens und schälte ihr Befehnis zum Monarchismus und kapitalistischen Wirtschaftsordnung heraus. Kostproben des Hakenkreuzbuzianismus aus dem „Angriff“ und „Völkischen Beobachter“ lösten donnernde Lachsalen aus. Mit dem Befehnis: Wir kämpfen für Braun, wir kämpfen für Severing! endete die Versammlung.

Jugend wirbt für Wanderherbergen.

In der „Neuen Welt“, Hagenheide, wimmelt es von fröhlicher Jugend; wenn auch all der Frohsinn bei ihnen nicht als Ausfluß eines zufriedenen, wohlgeordneten Daseins gelten darf — die Schwere unserer Zeit trifft ja niemand härter als die neue Generation —, so behält doch die lebensfördernde, lebensbejahende Kraft des jungen Menschen im gefelligen Zusammenschluß Gleichaltriger und Gleichgesinnter die Oberhand, und das ist auch vor allem Zweck und Ziel aller Bestrebungen des Reichsoverbundes für Deutsche Jugendherbergen. Der Gau Mark Brandenburg des Reichsoverbundes hatte im Rahmen des Reichspartietages 1932 vor geladenen Gästen, Berliner Schulen, Verbänden und Vereinen seine Werbeveranstaltung „Das Wandern und wir“ abgehalten. Da waren im Bildband und im Photoabzug Einblicke des Herbergslebens unserer wandernden Jugend festgehalten; der Tageslauf glücklicher, unbewörter Menschen vom erfrischenden Morgenbad über die fröhliche Vormittagstour zum mitläufigen Abendessen mit darauffolgender Siesta und als Abschluß die gemühtlichen Abendstunden im Heim bei Musik, Gesang und allerhand fröhlichem Spiel. Der geschäftsführende Vorsitzende des Gau's, Stadtrat Genosse Schneider-Neufall, hielt ein lebendiges, aufschlußreiches Referat über die modernen Jugendherbergen und -burgen, man sah im Bildband ihre landschaftlich schöne Lage, ihre vorbildlichen Inneneinrichtungen, die alle Erfordernisse der Sauberkeit, Ordnung und Gesundheitspflege voll auf erfüllen. In herzlichen Worten rief Stadtrat Schneider zur Mitarbeit an der Erhaltung und dem Ausbau des Jugendherbergswertes auf.

Vorwärts! Vorwärts!

Parteigenossen, Gewerkschaftler, Arbeitersportler, Reichsbannerkameraden, Männer der Faust und der Feder, Frauen und Männer, Jünglinge und Mädchen, Junge und Alte.

Am kommenden Sonntag, dem 24. April, nachmittags um 5 Uhr, wird das Schicksal des größten deutschen Freistaates Preußen für Jahre entschieden sein.

Nur noch 60 Stunden trennen euch von diesem bedeutungsvollen Augenblick.

Bis dahin darf keiner von euch sich selber gehören. Jeder muß sich bedingungslos einreihen in die Armee der Kämpfer für den freien sozialen Volksstaat und für die Befriedigung der Völker.

Jede Minute ist bis dahin kostbar, keine darf ungenützt vorübergehen.

Werbt in Berlin und seinen Vororten! Verteilt Flugblätter! Flagg, wenn es noch nicht geschehen ist, sofort rot und schwarzrotgold und verdeckt mit ihnen die schwarzweißroten monarchistischen Hakenkreuzflaggen. Leistet Wahlhilfe.

Schwer haben es Sozialisten und Republikaner auf dem Lande und in kleinen Städten. Schreibt darum noch heute an eure Verwandten, Freunde und Bekannten auf dem Lande und in den Kleinstädten. Stärkt ihre Zuversicht! Schickt ihnen den „Vorwärts“ mit jenen Artikeln, die über Hitler und Hugenberg aufklären.

Noch einmal und zum letztenmal ruft die Parteil in Berlin für den heutigen Freitagnachmittag die Berliner sozialistische und republikanische Bevölkerung zu einer Kundgebung im Lustgarten auf. Sorgt also dafür, daß Hunderttausende kommen! Sorgt dafür, daß der Lustgarten und alle umliegenden Straßen zu klein sind, um die Riesenarmee der Arbeit aufzunehmen. Nicht nur Berlin, nicht nur Deutschland, die ganze Welt sieht heute auf euch!

Noch einmal und zum letztenmal vor der Wahl wird der preussische Ministerpräsident Otto Braun am Sonnabend im Rundfunk Berlin, Deutschland und der Welt Rechenschaft ablegen von seinem und seiner Mitarbeiter Aufbauwerk.

Und dann habt Ihr das Schicksal in Euern Händen!

Sorgt dafür, daß am Sonntag von 8 bis 5 Uhr sich in Preußen nicht die rohe Gewalt der Nazi, nicht die großmäulige Demagogie der Hugenbergkapitalisten durchsetzt, sondern die ernste pflicht- und verantwortungsbewußte und damit echt preussische und wahrhaft deutsche Weiter-, Aufbau- und Rettungsarbeit der Sozialdemokratischen Partei.

3 neue Industrie-Kraftsystem-Kaufpreiser. Die Ehrlich u. Gracy K.-S. Berlin 80, 88, liefert die Rundfunkgröße-Händler zum Zeit mit 2 neuen, bedauerlich preiswürdigen Industrie-Kraftsystem-Kaufpreiser Nr. 80 und 88, die wohl das Weltmeiste auf dem Gebiete des Kaufpreiserbaues besitzen. Durch diese Kaufpreiser ergibt man jetzt eine Qualität der Widergabe von Sprache und Musik, die der eines guten dynamischen Kaufpreiseres völlig gleichwertig ist, ohne eine der dynamischen Scherben notwendiger besonderer Belastung zu denjenigen. Sonder-Druckschriften über diese neuen Gracy-Kaufpreiser stellen Ehrlich u. Gracy jedem Interessenten sofort zur Verfügung.

3-fachen Vorteil

Gold SABA

Humidor

so mild
so frisch
und aromatisch

herabgesetzter Preis

Agypier-Format

Bleikugeln billiger als Brot

Tragisches Ende einer Watz' / Von Wilhelm Heydrich

Auf der Suche nach einem Nachlager bin ich über den Zaun gestiegen, der den Rangierbahnhof umgibt. Ein Wagen zweiter Klasse — von wegen der Polsterbänke — ist schnell gefunden. Vorsichtig kriech ich in das nächste Abteil, und natürlich liegt dort schon einer der Bänke lang und schnarcht.

„Wenn der Junge uns bloß niemanden auf den Hals schnarcht“, denke ich, während ich mich auf der anderen Bank ausstrecke. Von welcher Sorte der Schlafamerad sein mag, ist mir gleichgültig. Wenn man ohne einen Heller im fremden Lande herumwagt, ist man nicht mehr ängstlich vor feinesgleichen. Nach wenigen Minuten fallen mir die Augen zu.

Am nächsten Morgen werde ich durch einen Rippenstoß aufgeweckt und sehe mich erst einmal vermundert um. Mir gegenüber sitzt ein junger Burleske, zieht sich die Stiefel an und lacht.

„Ra, Kolleg, ausgeschlafen? Wird Zeit, daß wir uns dünn machen.“

Ein Landsmann! Sofort geht es los mit Fragen nach Kam' und Art, woher und wohin.

„Nach Mailand? Großartig! Wollen wir ein Stück zusammen kippeln?“

„Gern! Hast du Kutputt?“

„Nein.“

„Paßt famos! Ich auch nicht. Zu essen gibt es überall. Also gehen wir los!“

Mein neuer Freund ist von Profession „Calzolario“ — Schuster! Er ist schon zwei Jahre auf der Watz und will sich nun heimwärts schlagen. Genau wie ich. Auf's Fechten versteht er sich wie kein zweiter. Er braucht nur seine muntern Augen spielen lassen und gleich bekommt er von den Weibern, was er braucht. Hier und da arbeiten wir auch für ein Abendessen und ein Nachtquartier, wie es gerade paßt. Karl sitzt den Reuten das Schuhzeug aus, und ich repariere Fahrräder und Nähmaschinen, so gut es geht. Wir leben gewöhnlich einen guten Tag. Nur Geld ist nicht zu haben. Die armen Luder besigen selber keine.

Aber wandern ohne Geld ist nirgends ein Vergnügen. Geld ist die beste Legitimation, kann sogar einen Pah erlegen. Wir waren längst nicht mehr berechtigt, im Lande zu verweilen. Meine letzte Lira war kürzlich für einen Gendarmen draufgegangen, der das entdeckt hatte; aber für einen Fegen Buntpapier ließ er mich laufen. Wenn solch ein Biest aber schlechter Laune war, dann konnte er uns die gemeinsten Scherereien machen.

Wir wußten das und nahmen uns in acht. Sowie ein Karabiner austauchte, verschwanden wir lautlos. Und doch wurden wir eines Tages geschnappt.

Voghera ist nur ein kleines Nest zwischen Genua und Mailand, aber ich werde es mein Lebtag nicht vergessen.

Wir hatten den Tag über unheimlich gefastet. Karl hatte beim Metzger ein Stück Wurst gefochten und war jetzt beim Bäcker, um sein Stück zu versuchen. Ich stand Schmiere in der Dämmerung. Gerade als er mit seinem Brot wieder heraustritt, sehe ich den Gendarmen um die Ecke biegen. Karl hat ihn auch gesehen, aber er geht ruhig weiter, ohne sich um ihn zu kümmern.

„Mensch“, sage ich, „laß' uns machen, daß wir fortkommen! Der Teufel ist in den Boden gegangen, um nachzufragen, was du gewollt hast. Wenn der uns hier noch findet, sind wir geliefert!“

„Versiß!“

Wie zwei schwarze Kagen huschen wir durch die Dunkelheit davon, saufen die Landstraße entlang, so schnell wir können. Erst weit draußen vor dem Nest, als wir glauben, genügend Raum

zwischen uns und die italienische Gerechtigkeit gebracht zu haben, halten wir inne, um uns zu verpusten.

„So“, meint Karl, „bis hierher kommt er uns nicht nachgelassen. Jetzt können wir Abendbrot essen.“

Gemütlich lassen wir uns auf einem Sandhaufen nieder, und Karl packt aus, Brot, Wurst und ein Stück Ziegenkäse. Wein hatten wir noch in der Flasche.

Kaum aber ist unser Hunger gestillt, als plötzlich, wie aus der Erde hervorgewachsen, der Gendarm vor uns auftaucht. Eine Taschenlampe blüht auf und nagelt uns fest. Ich sehe, wie der Kerl zufrieden grinst, weil er uns so ödlig überrrascht hat.

„Aufstehen! Wer seid ihr? Cure Papiere!“

Karl saßt sich zuerst und erhebt sich langsam. Auf deutsch sagt er zu mir: „Wir ergeben uns nicht... Gib acht auf mich...“

„Nicht miteinander reden!“ schnauzt der Gendarm ihn an.

„Rein Kamerad versteht nicht italienisch. Ich habe ihm nur gesagt, was Sie wollen“, erwidert Karl. Und dann wieder zu mir: „Deht paß' Achtung!“

Wir tun beide, als ob wir nach unseren Papieren suchen. Und als der Gendarm eine Sekunde lang nicht auf ihn achtet, verfehlt Karl ihm plötzlich einen Fuhritt in den Magen, daß der Mann aufschreit und kopfüber in den Graben köllert.

„Auf' was du kannst!“ schreit Karl. Springt nach rechts, ich nach links, und wir galoppieren in verschiedenen Richtungen über die Felder davon, so schnell es gehen will.

Es blieb nichts übrig als zu rennen, denn wenn wir noch dieser Geschichte gefoßt wurden, war uns ein Jahr sicher.

Ich sehe mit wilden Sprüngen durch das Maisfeld. Hinter mir tobt und meitert der Gendarm. Ich höre ihn kommandieren. Es fällt ein Schuß — noch einer — ich stolpere — falle — springe wieder auf — sage weiter... Bis ich ein Gebüsch erreiche, hinter dem ich mich niederwerfe und atemlos lausche.

Nichts — alles still — auch Karl scheint entkommen zu sein. Aber da fällt mir plötzlich ein, daß ich nach dem zweiten Schuß einen Aufschrei gehört habe... Heißer Schrecken erfasst mich.

Vorsichtig schiebe ich mich hinter dem Busch hervor und spähe nach der Straße hinüber. Dort drüben wandert der Schein der Taschenlampe suchend umher. Ich erkenne den Gendarmen, wie er sich bückt und dann etwas auf der Erde entlangkriecht... Dann entfernt er sich eilig der Stadt zu.

Der Mond war aufgekommen. Nach einer Weile kriech ich nach der Straße hinüber und schleiche im Graben gebückt zurück.

In der blauen Dämmerung sehe ich einen liegen, das Gesicht nach oben, regungslos. Jaghaft fasse ich nach dem Arm, der schlaff neben dem Körper liegt. Er fühlt sich wie Gummi an. Und als ich ihn anhebe, fällt er kraftlos zurück.

... Blut sah ich nicht. Die Kugel mußte in den Rücken getroffen haben.

Ich kauerte stumm bei dem toten Kameraden und starrte in das braune Gesicht, das wie versteinert aussah. Ich dachte überhaupt nichts dabei. Mir war, als ob ich selber tot wäre...

Nach einer Stunde etwa hörte ich das Rollen eines Wagens und kroch wieder davon. Sie hielten bei dem Toten an und luden ihn auf den Wagen.

Vollständig führten sie wieder davon. Ich sah ihnen nach, bis die Nacht sie verschluckt hatte. Dann riß ich mich zusammen und setzte meine Wanderung fort — einsam — Karl wurde jetzt gefahren... Ich fror, obwohl es eine warme Sommernacht war, die über den fruchtbewehrten Feldern lagerte... Anderntags war ich in Mailand...

Von Goethes Brockhaus zum Großen Brockhaus

Die zweite Hälfte des Großen Brockhaus ist nun da. Soeben ist der 11. Band erschienen, und da dieses Erscheinen mit der Jahrhundertfeier für Goethe zusammenfällt, darf man wohl einen Vergleich zwischen dem Brockhaus ziehen, der in Goethes Arbeitszimmer stand, und dem, mit dem wir arbeiten können.

Goethe unterhielt sich einmal mit Eckermann fünf Jahre vor seinem Tod darüber, was wohl Schiller zu Byron gesagt hätte. Im Augenblick wußte er selbst nicht, ob Byron zu Schillers Lebzeiten schon etwas produziert habe. Er nahm daher den Brockhaus vor, überlas den Artikel über Byron und schloß daran Betrachtungen darüber, was wohl Schiller zu einem ihm so verwandten Geiste dieses Ranges gesagt habe. Schon zu Goethes Zeiten hat also das Brockhaus-Verlag der zeitgenössischen Produktion einen großen Platz eingeräumt, denn Byron starb 1824, und obwohl es in Deutschland noch keine große Publizität gab, wußte der Brockhaus schon damals, daß Byron in den Brockhaus gehört.

Vergleicht man aber nun einmal den frühesten Brockhaus mit dem letzten, dann wird man erst gewahrt, welche ungeheure Erleichterung unser Leben auf so vielen Gebieten genießt. Welche Mühsal hätte es für Goethe bedeutet, sich Anschauungsmaterial über Tiere und Pflanzen zu besorgen, die durch eigene Lebensvorgänge nicht

ausenden. Im neuen Brockhaus-Band vermittelt eine farbige Tafel diese erstaunlichen Phänomene. Ueberhaupt ist die beispiellose technische Entwicklung des letzten Jahrhunderts die Voraussetzung für die entsprechende Entwicklung eines solchen Lexikons, das dem Besitzer um so mehr nützt, je mehr er es benutzt. Niemand über das hinweggehen, was man nicht weiß, bei jedem zweifelhaften Begriff, bei jeder unbestimmten Person, bei jedem Mangel einer Anschauung das Lexikon in Anspruch nehmen, das ist eine Methode, seine Kenntnisse außerordentlich aufs schnellste und bequemste zu erweitern. In einem autobiographischen Roman erzählt Strindberg, wie er das Konversationslexikon schätzen gelernt hat und es an Stelle der Schule sehen wollte. Und später in seinem Leben sah er zu seinem Erstaunen, wie die gelehrtesten Männer sofort zum Brockhaus griffen, während Angehörte stundenlang nach einer einfachen Tatsache suchten.

Im 11. Band des Großen Brockhaus, der mit A beginnt und mit Wahre schließt (das ist ein Mädchen, dessen Seele nachts den Körper verläßt und schlafende Männer im Traum drückt und quält), in diesem Bande also sind es wiederum drei große Gruppen von Gebieten und Schlagworten, die uns besonders jesseln. Alphabetisch fallen in diese Reihe eine große Reihe Persönlichkeiten, die entweder selbst Sozialisten sind oder zum Sozialismus in Beziehung stehen. Da finden wir den russischen Philosophen und Sozialisten Peter Pawrow, den französischen Saint-Simonisten Pierre Leroux (von dem unser Parteiarbeiter wertvolle, unverfälschte Manuskripte besitzt), hawmischen steht ein großes Kapitel über Ferdinand Lassalle, da stehen die namhaftesten Abschnitte über Friedrich List, der immer moderner wird, über Lenin, Legien, Beipart, Liebknecht, Paul Loebe, MacDonald. Angesichts der unbestreitbaren Nähe zur sachlichen Objektivität ist in dem Kapitel über Karl Liebknecht die Bemerkung, daß er „bei einem vermeintlichen Fluchtversuch erschossen wurde“, zurückzuweisen. Es steht längst fest, daß Liebknecht planmäßig meuchlings erinordet wurde. Diese Wendung hat aus einer Neuausgabe zu verschwinden.

Aus der Welt der Wirtschaft greife ich zwei große Abschnitte dieses Bandes heraus. Landwirtschaft und Lohn. Heute, wo die Bauern wissen, daß Arbeiternot Bauernnot ist, und die Arbeiter, daß Bauernnot Arbeiternot ist, ist die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft vollständig anders als noch vor einem Jahrzehnt. Die Kapitel über Landwirtschaft umfassen sowohl die Produktion, ihre ökonomische Bedeutung, wie ihre Geschichte und ihre Technik. Die landwirtschaftlichen Betriebsysteme werden in ihrer geographischen und wirtschaftlichen Bedingtheit erklärt. Die Literatur über jede Wirtschaftsform und die Landwirtschaft selbst ist besonders reichhaltig. Von den landwirtschaftlichen Genossenschaften kommen wir zu landwirtschaftlichen Geräten, Hochschulen, Kreditorganisationen, zum Unterrichtswesen, Versuchstationen, Vereinen, Kammern und schließlich zur Landwirtschaftspolitik. Hier findet auch die sozialistische Agrarliteratur ihren Platz.

In der Kapitelreihe über den Lohn findet zunächst einmal eine Abgrenzung zwischen allen Zahlungen statt, die einen Gehaltscharakter haben und dem eigentlichen Lohn im engeren Sinn als Entgelt für die Arbeitsleistungen des Arbeitnehmers. In einer Tabelle wird die Entwicklung der Lohnhöhe in verschiedenen Industrien zwischen 1927 und 1929 gezeigt. Zu den Kapiteln Lohn gehören dann die Sonderartikel über Lohnbuch, Lohnanspruch, Lohnprüfung, Lohnschutz, Lohnsteuer, Lohnsysteme usw. Es ist also eine überaus komplizierte Aufstellung schon bei einem einzigen Begriff notwendig, der doch besonders knapp und eindeutig zu sein scheint.

In Wirklichkeit sind aber alle Dinge so kompliziert geworden, daß sie nur noch durch eine sehr weitgehende Aufteilung zu erfassen sind. Ein besonders schlagendes Beispiel dafür ist die außerordentliche Reihensfolge der Begriffe, die sich an die Erklärung des Lichts anschließen. Allein die Erklärung des Lichtspielsens mit zahlreichen Tafeln erfüllt ein Buch. Literatur, Kunst, Technik, Geographie und Geschichte, Städtebilder und Stadtpläne, Phänomene der geistigen und der materiellen Welt, Sport, Lebensübungen — alles dies tritt dem Leser von Seite zu Seite entgegen. Aber die Einheitslichkeit der Darstellung, die gewiß von vielen hundertgen Mitarbeitern stammt, schießt diese tausenden kleinen Kuffage doch wieder stillfisch zusammen, so daß der Brockhaus, auch wenn er ein Extrakt ungezählter Bücher ist, auf den Leser doch wirkt wie ein einziges, in sich geschlossenes Buch. Felix Stössinger.

Der Mann mit dem Revolver

Groleske von Edith Herallh

Als der Advokat Ernst Weiler durch plötzliches Anarren des Fußbodens von seiner Arbeit aufgestört wurde und den Blick erhob, starrte ihn der blanke Lauf eines Revolvers entgegen, dessen Mündung nach der Witz seiner Stirn gerichtet war.

Dem Advokaten lief ein Schauer durch die Glieder und jähes Entsetzen bannte ihn in seinen Sessel. Er hatte nur die Kraft, die Augen ein wenig zu erheben, und so entdeckte er, daß sein nächstlicher Besucher eine schwarze Maske vor dem Gesicht trug. Im übrigen hatte er eine hochgewachsene schlank Figur, die wie aus Erz gegossen schien. Und merkwürdig, diese eiserne Ruhe teilte sich dem Advokaten mit, sein wildklopfendes Herz beruhigte sich mit einem Male.

Wortlos schauten die beiden einander in die Augen. So still war es im Zimmer, daß das Ticken der großen Wanduhr sich wie ungeheuerliches Getöse anhörte.

„Was verschafft mir die Ehre Ihres so späten Besuches?“ Ernst Weiler hatte seine Fassung wiedergewonnen und legte nun Ironie und Artigkeit in den Ton seiner Frage, denn aus der Haltung des Mannes mit dem Revolver sprach etwas, das an die Manieren eines anständigen Menschen erinnerte.

„Eine Angelegenheit, die Sie wenig, mich aber um so mehr interessiert.“ Die Stimme klang gebildet und schien dem Advokaten nicht unbekannt.

„Wo war er mit diesem Menschen nur schon zusammengetroffen?“ Ernst Weiler überlegte. „Ah, sind Sie vielleicht der Klient eines gegnerischen Advokaten, der mir durch diesen Knalleffekt Beweismaterial abliehen will?“

„Nein. Aber nehmen Sie an, es wäre so, dann stünde Ihr Leben doch augenblicklich in großer Gefahr?“ Der Mann knallte.

„Gewiß, gewiß“, beeilte sich der Advokat zu versichern.

„Es wäre auch nicht minder gefährdet, wenn ich es auf Geld oder Schmutz abgesehen hätte, nicht wahr?“

„Sie sind vollständig im Recht.“

Stille.

Unbeweglich stand der nächtliche Besucher. Der Mann mußte Arden aus Stahl besitzen, denn die Rechte, die den Revolver hielt, zitterte noch immer nicht. Der Advokat begann die Ruhe zu verlieren, seine Stimme klang unsicher. „Darf ich fragen, wie es möglich war, in so später Stunde — die Uhr schlägt eben zehn — in mein Arbeitszimmer zu dringen?“

„Durch den Garten. Sie wohnen zu ebener Erde, die Sommernacht ist schwül, das Fenster stand offen — es war ganz einfach.“

„Gestatten Sie, daß ich Ihre Worte bezweifle. Hoff, mein

Wolfshund, hätte Sie nicht kampfslos zu mir gelangen lassen. Er traut nur Menschen, denen ich in seiner Gegenwart wenigstens einmal die Hand reichte.“

„Ihre Worte bestärkten die meinen. Sie reichten mir oftmals in Kolls Gegenwart die Hand. Da ich Ihres — verzeihen Sie — Selbstsinns wegen schon damals diesen Besuch plante, war es meine Sorge, mir den Hund gewogen zu erhalten.“

Ernst Weilers Hände suchten unbemerkt die Lade zu erreichen, in der seine scharf geladene Pistole lag. Aber ein: „Halt, nicht rühren!“ ließ ihn wieder seine unbewegliche Haltung einnehmen.

Der Advokat wollte nun die Sache von der humoristischen Seite anpacken. „Eigenlich sind Sie zu bedauern. Machen sich da Anstrengungen mit dem trapphalben Zielen, aber losdrücken dürfen Sie ja doch nicht, weil die Detonation alle Hausbewohner herbeirufen würde.“

„Ich danke Ihnen, daß Sie mich an die drohende Gefahr erinnern, aber Ihre freundliche Warnung ist überflüssig. Die Frau Gemahlin befindet sich in Gesellschaft. Die Köchin ist von ihrem Ausgange noch nicht heimgekehrt; bleibt nur das Kinder mädchen, und das wird sich nicht vom Bettchen des kleinen Viktor fortwagen. Der arme Kleine. Sie lassen ihn unverforgt zurück und auch Ihre Frau — wie wird sie sich kümmern und sorgen müssen, um eine halbwegs menschenwürdige Existenz zu fristen, da Sie ihr kein Kapital hinterlassen und...“

Ernst Weiler wurde es eigigalt und dann wieder siedendheiß, seine Nerven drohten zu zerreißen und die Beherrschung verließ ihn. „Sie Teufel!“ schrie er aufspringend, „was machen Sie mich so? Schließen Sie los, machen Sie dieser unerträglichen Situation ein Ende!“ Er besam sich. „Nein, nein, schießen Sie nicht, nehmen Sie alles, was Sie wollen, aber lassen Sie mich am Leben — denken Sie an meine Frau und mein Kind!“ Seine Stimme brach in innerer Bewegung.

Der nächtliche Besucher ließ den Revolver sinken und löste die Maske vom Gesicht. „Woll ich an Ihre Frau und an Ihr Kind dachte — darum kam ich.“

„Herr... Herr Müller...?“ Entgeistert sank der Advokat in den Sessel zurück.

„Gewiß, Artur Müller, Beamter der Versicherungsgesellschaft für Unfall und Ableben Ready.“ Bisher erwiesen Sie sich allen meinen Vorstellungen gegenüber unzugänglich; ich glaube, der heutige Besuch hat Sie überzeugt. Hier ist das ausgefüllte Formular, in dem Sie Ihr Leben zugunsten von Frau und Kind versichern lassen. Darf ich um Ihre Unterschrift bitten?“

Wen wählt der Mittelstand?

Konsumentennot ist Mittelstandsnot.

Die Wähler der Nationalsozialistischen Partei sehen sich zum weitaus größten Teil aus Kreisen des gewerblichen Mittelstandes zusammen. Die Ursache dafür ist in der wirtschaftlichen Umwälzung zu suchen. Man vergißt im Mittelstand allzusehr, daß wir einen Weltkrieg und eine Inflation hinter uns haben. Gerade die Inflation bedeutet für den Mittelstand vielfach eine Enteignung auf kaltem Wege. Der Mittelständler wurde über Nacht seiner vielfach mühselig erarbeiteten und ererbten Rücklagen beraubt, aus denen er in früheren Krisenzeiten zu schöpfen vermochte. Das Lebenswerk oft mehrerer Familiengenerationen sank durch Inflation und Krieg dahin.

Der Mittelstand aber erwartete Rettung von der Politik. Es kam zur Gründung von

Splittlerparteien, Interessengruppen und Verbänden,

die sich nur kurzer Lebensdauer erfreuten. Alles ein vergeblicher Versuch, Verlorenes wiederzugewinnen. Ueberreste jener Gründungsperiode sehen wir z. B. noch in der Winter-Kandidatur gelegentlich der Hindenburgwahl, in jener Sekte, die der „Vereinigung zum Schutz ehemaliger Besitzer brauner Tausender“ entsprang. Sicherlich ist das ein erschütternder Beweis für die wirtschaftliche und politische Hilflosigkeit des Mittelstandes.

Die Inflation, die den Mittelstand enteignete, war zugleich der Wegbereiter für das Abgleiten früher gesicherter selbständiger Existenzen in

immer tieferer Abhängigkeit vom Großhandel, von den Konzernen- und Finanzgewaltigen.

Der Mittelstand wurde schonungslos dem Monopolkapitalismus ausgeliefert. In diesen Umschichtungsprozessen, schonungslos und brutal, fällt die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Sie läßt den „Keinen Mann“ alle Bitternisse in ungeahnter Schärfe bis zur Reize austofsen. Grenzlose Verzweiflungstimmung bemächtigt sich der Mittelstandskreise. Der Mittelständler flucht heute dem „System“. Er meint damit die Republik und begreift nicht, daß es sich um eine Wirtschaftsordnung handelt, daß der Kapitalismus ihn zum Besessenen gemacht hat. So wurde der Mittelstand reif für eine Politik der Unvernunft.

Der Nationalsozialistischen Partei, der Partei der Junker und Schwerindustriellen, war die Not des Mittelstandes gut genug, um ihr Parteilappchen daran zu fischen. Auch dem Mittelstand verkündete man die „Rettung im Dritten Reich“.

Der Verzweifelte ist immer leichtgläubig. Und so konnte die Nationalsozialistische Partei dem Mittelstand verschiedenes versprechen, was ihm seine Not erklären soll. Da ist das „Jüdische Warenhaus“, der „rote Konsumverein“, dann natürlich der „Marxismus“ und schließlich das „Bonzenium“. Die nationalsozialistische Propaganda hat so gewirkt, daß weite Kreise des Mittelstandes den faulen Zauber wirklich glauben.

Besondere Schreckgespenster für den Mittelstand sind Warenhaus und Konsumverein.

In welchem Zusammenhang stehen aber Warenhäuser und Konsumverein zur Mittelstandsnot? Zahlen müssen das zeigen:

Der Gesamtverbrauch der deutschen Bevölkerung betrug im Jahre 1924 = 55,44 Milliarden Mark, 1925 = 60,31 Milliarden, 1926 = 63,19 Milliarden, 1927 = 71,73 Milliarden und im Jahre 1928 = 76,18 Milliarden Mark. Davon entfielen auf den Einzelhandel, immer nach den amtlichen Zahlen, 1924 = 25,53 Milliarden Mark, 1925 = 300,14 Milliarden Mark, 1926 = 30,32 Milliarden, 1927 = 33,44 Milliarden und 1928 = 34,55 Milliarden Mark, auf die Warenhäuser 1924 = 968 Millionen Mark, 1925 = 1,13 Milliarden Mark, 1926 = 1,14 Milliarden, 1927 = 1,25 Milliarden und schließlich auf die Konsumvereine 1924 = 704 Millionen Mark, 1925 = 845 Millionen Mark, 1926 = 930 Millionen Mark und 1927 = 1,078 Milliarden Mark.

Der prozentuale Anteil des Umsatzes der Warenhäuser und Konsumvereine am gesamten Einzelhandelsumsatz hat sich überhaupt nicht erhöht.

Der Umsatz aller Beteiligten ist gestiegen, solange sich die Konjunktur nach oben entwickelte. Erst die Krise hat eine Unterbrechung in der Aufwärtsentwicklung gebracht. Der Mittelstand darf hier die Zusammenhänge nicht übersehen: erst die Konsumentennot hat die Mittelstandsnot gebracht und die Mittelstandsnot verschärft. Woher will der Handwerker, der kleine Gewerbetreibende usw. die erhöhten Umsätze und die erhöhten Verdienste nehmen, wenn über 6 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter keine Arbeit und keinen Verdienst haben? Hier liegt der springende Punkt. Wenn 15 Millionen Werktätige in Deutschland auf Unterstützung angewiesen sind, dann kann das nicht spurlos am Handwerk und am Handel vorbeigehen. Die Mittelstandsnot bedeutet nur den verlängerten Arm der Konsumentennot, ist im Grunde genommen Konsumentennot. Nur wenn Arbeiter, Beamte und Angestellte ein erträgliches Einkommen haben, dann geht es auch dem Handwerker und dem Händler wieder gut.

Der „Keine Mann“, der Handwerker und Händler, gehört zum anderen „Keinen Mann“, dem Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wahre Mittelstandspolitik ist also deshalb nur die Politik, die die Kaufkraft der Konsumenten stärkt.

Das ist Aufgabe der viel verlästerten Gewerkschaften und des „verbanzten Marxismus“. Die Nationalsozialistische Partei läßt sich von den Schwerindustriellen benutzen, um die Zähne abzubauen. Die Kaufkraft der Konsumenten wird dadurch geschwächt. Der Schlag trifft nicht nur die Arbeiter, die Angestellten und Beamten, sondern auch den Mittelstand. Anfangs zu verlangen, daß der Mittelständler, der sich über die Dinge klar ist, nationalsozialistisch wählen kann. Der Mittelstand kann nur leben, wenn der Arbeiter lebt. Deshalb tut er unrecht, wenn er am Sonntag für die Nationalsozialisten stimmt. Auch ihm kann nur helfen, wer die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die das Heer der Konsumenten sind, verbessern will — und das ist allein die Sozialdemokratie.

Umsatzrückgang im Vergleich mit anderen Unternehmungen der gleichen Art in erträglichen Grenzen. Bemerkenswert ist, daß die Betriebs- und Handlungsunkosten um rund 33 Proz. gesenkt werden konnten, also erheblich stärker als der Umsatz zurückgegangen ist. Die verhältnismäßig bestbetriebene Beschäftigung des Werkes ist, wie bei den meisten deutschen Maschinenfabriken, im wesentlichen noch auf die Abwicklung gewisser Auslandsaufträge zurückzuführen.

Eine außerordentliche Einnahme (sah dem Unternehmen aus freigegebenen Amerikaguthaben zu, von denen 1,25 Millionen Mark überlassen wurden. Hier von sind zwei Drittel für Stärkung der stillen Reserven und das restliche Drittel mit 450 000 Mark der laufenden Gewinn- und Verlustrechnung zugeführt worden. — Dem Geschäftsbericht zufolge haben die Zoll-erhöhungen und Einfuhrerleichterungen im Ausland, sowie die Abwertung des Pfundes den Export in den letzten Monaten immer schwieriger gemacht.

Gedroffelter Schuhexport.

Ausfuhr um zwei Drittel gesunken.

Der Export der Schuhindustrie, der während des ganzen Krisenjahres 1931 eine starke Widerstandsfähigkeit aufwies, ist durch die vielfachen Zollmaßnahmen des Auslandes in den ersten drei Monaten d. J. sehr hart betroffen worden. Zwar ergibt die Handelsbilanz für die Monate Januar bis März infolge gleichzeitigen scharfen Rückganges der Einfuhr noch einen Ausfuhrüberschuß von 2,71 Millionen Mark, aber im Vergleich mit dem Vorjahr, wo in demselben Zeitabschnitt 6,61 Millionen Mark Exportüberschüsse erzielt werden konnten, gibt die Entwicklung des deutschen Schuh-Außenhandels doch zu stärksten Bedenken Anlaß.

Die folgende Zahlenreihe kennzeichnet den Verfall des deutschen Schuhexportes. Die ausgeführten Mengen betragen in Paar:

| | 1931 | 1932 |
|---------------------|---------|---------|
| Januar | 241 452 | 93 523 |
| Februar | 310 548 | 113 077 |
| März | 449 273 | 166 123 |
| Zusammen: 1 001 273 | | 372 723 |

Die Ausfuhrmengen der Leder- und Schuhindustrie sind also in den ersten drei Monaten d. J. um fast zwei Drittel gegenüber der Zeit von Januar bis März 1931 zusammengeschrumpft. Im März wurden 23 993 Paar Leder- und Schuhgegenstände gegen 10 704 Paar im Februar eingeführt. Die Ausfuhr stieg im März auf 166 123 gegen 113 077 Paar im Monat Februar.

Millionen Bargeld im Kreuger-Tresor.

Die politischen Korruptionen des Zündholztönigs.

Der überraschende Fund eines Bargeldbeitrags von 2 Millionen schwedischen Kronen in dem Tresor Ivar Kreugers hat in der schwedischen Öffentlichkeit größtes Aufsehen erregt. Verschiedene schwedische Blätter behaupten, daß die führenden Direktoren des Kreuger-Konzerns sich besitz hätten, auf die Nachricht von Kreugers Tod hin, so viel Geld als möglich von den Banken abzuheben, in der Befürchtung, daß dem Konzern seine Guthaben gesperrt werden könnten. Zu der Entdeckung von Geheimbuchungen über gewaltige Bestechungssummen an verschiedene Politiker wird aus Warschau berichtet, daß unter den polnischen Politikern große Erregung darüber herrsche, weil unter Kreugers Papieren angeblich eine Namensliste führender polnischer Persönlichkeiten gefunden worden sei, die „Geschenke“ bei Abschluß des Monopolvertrages erhalten hätten. Es sollen in diese Angelegenheit neun bekannte polnische Politiker verwickelt sein.

Zu den Gerüchten, daß Ivar Kreuger angeblich gar nicht tot sei, erklärt der Pariser Postzeitungs-Kommissar Rangaud, daß jeder Zweifel an einem Selbstmord Kreugers hinfällig sei. Anlaß zu diesen Gerüchten hat die immerhin merkwürdige Tatsache gegeben, daß der mit Ivar Kreuger gut befreundete schwedische General-Konsul in Paris über sechs Stunden nach dem Bekanntwerden des Selbstmordes verhindert wurde, Zutritt zu Kreugers Pariser Wohnung zu erhalten.

Die Konkursmasse der Nordwolle.

Im Auftrage des Konkursverwalters der Nordwolle hat die Treuerverkehr A. G. einen Status der Konkursmasse für Ende 1931 aufgestellt, der insgesamt 44,5 Mill. Aktiva und hier von 33,6 freie Aktiva aufweist, denen Passiva in Höhe von insgesamt 22,9 und hiervon ungesicherte Konkursforderungen in Höhe von 21,9 Millionen gegenüberstehen. Ueber den Verkauf der stillgelegten Werke hat die Konkursverwaltung mit verschiedenen Stellen verhandelt. Die bisher gebotenen Preise haben aber derart unter einem wirtschaftlich vertretbaren Wert gelegen, daß die Konkursverwaltung einen Verkauf nicht verantworten konnte.

Schiele über Agrarpolitik.

Für Senkung der Zuckerversteuerung und Siedlung im Osten.

Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung Mitteldeutscher Rohzuckerfabriken in Halle a. d. S. lagte gestern Schiele, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, daß jede Betrachtung unserer Situation notwendigerweise zu der Verpflichtung führe, in Deutschland eine stark binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik zu treiben. Der Kern jeder Binnenmarktpolitik sei eine intensive Agrarpolitik bei denjenigen Zweigen, die in besonders hohem Maße in der Lage seien, Arbeitskräfte zu binden. Dies sei vor allem bei Getreidebau und insbesondere bei der Zuckerrückgewinnung der Fall. Zur Ausweitung des Zuckerkonsums sei sobald wie möglich eine Ermäßigung

Schöne weiße Zähne

Man noch einmal, Wugen mit der Herr, erstlich, schneidenden „Marodont-Sohnpaße“, jähreht uns ein Kauscher. Tube 60 Pf. und 80 Pf.

Hohe Baugewinne.

Julius Berger verteilt 12 Proz. — Keine neuen Aufträge.

Die Julius Berger A. G., die in aller Welt Bauaufträge größten Umfangs ausführt, zeichnet sich seit Jahren durch enorme Gewinne und außerordentliche Dividendensätze aus. Dieses Unternehmen kann selbst für das bisher schlechteste Baujahr 1931 eine Dividende von 12 (im Vorjahr 20) Prozent zahlen; die in den Vorjahren aufgestapelten Gewinne hätten durchaus die Zahlung der Vorjahrsdividenden zugelassen.

Die Ausnahmestellung des Unternehmens beruht darauf, daß die Erledigung der in guten Jahren übertragenen Arbeiten eine lange Zeit in Anspruch nimmt. Neue Aufträge kommen aber jetzt weder aus dem Inland noch aus dem Ausland herein, da nirgends in der Welt zur Zeit Kapital für Bauten bereitgestellt wird. Inzwischen wird Julius Berger im laufenden Jahre noch etwa so gut wie im Jahre 1931 beschäftigt sein. In Deutschland wird noch am Neckardurchstich bei Heilbronn und am Staubecken bei Otmadajau gearbeitet. Die Hafenarbeiten bei Bordeaux werden in diesem Jahre beendet werden, ebenso die Brückenbauten in Ägypten; die Bahnbauten in der Türkei und in Persien sind bereits abgeschlossen.

Der Rohgewinn ist von 3,6 auf 2,3 Millionen Mark, der Reingewinn von 1,9 auf 1,0 Millionen Mark zurückgegangen. Bei einem Kapital von 7,5 Millionen Mark sind 3 Millionen Mark Reserven vorhanden. Die Schulden werden mit 1,75 (1,0) Millionen Mark erhöht ausgewiesen, aber nur weil hier eine Rückstellung von einer Million Mark auf noch nicht abgerechnete Bahnbauten verbucht wurde.

Die ruinösen Eisenpreise.

Die Eisen- und Stahlwaren im Schrumpfasprozess.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund veröffentlicht jetzt in einer Denkschrift die Besprechungen, die zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern dieser Industrie Ende 1931 über die Notlage dieses wichtigen deutschen Exportgewerbes stattgefunden haben.

Die Lage dieses Industriezweiges ist für die besonderen Schwierigkeiten der deutschen Exportindustrie so typisch, daß wir die Veröffentlichung von Einzelheiten aus dieser Denkschrift für notwendig erachten, obwohl wir uns in letzter Zeit bereits des öfteren mit der besonderen Lage dieser Verarbeitungsindustrie befaßt haben. Die Eisen- und Stahlwarenindustrie umfaßte noch 1929 etwa 40 000 Betriebe, die mehr als 450 000 Arbeiter beschäftigten. Der Wert der verarbeiteten Roh- und Halbfabrikate

lag Eisen und Stahl, betrug 1928 rund 1,06 Milliarden Mark. Der Jahresabsatz dieser Betriebe erreichte fast den Wert von drei Milliarden Mark. Mit einem Anstieg von 8,2 Prozent am deutschen Gesamtexport steht die Eisen- und Stahlwarenindustrie unter den deutschen Exportindustrien an vierter Stelle nach der Textilindustrie, dem Maschinenbau und dem chemischen Industriezweig, der mit 10,3 Proz. Exportanteil nur wenig darüber liegt. Die eisenhaltige Schwerindustrie, deren Preismonopol den Eisen- und Stahlwarenbetrieben die Erweiterung des Exportes sehr erschwert, bleibt mit einem Anteil von nur 6,6 Proz. am Gesamtexport stark im Hintertreffen.

Wie sich die deutsche Eisenpolitik für diese Exportindustrie auswirkt, zeigen die in der Denkschrift angeführten Preisvergleiche. Bei Abschluß des Vertrages zwischen der Schwerindustrie und der eisenverarbeitenden Industrie (Koi-Abkommen) wurde im Jahre 1925 vereinbart, die Auslandspreise für Eisen den Inlandspreisen möglichst schnell anzugleichen. In der Praxis aber ging von 1929 bis 1931 der Eisenpreis im Inlande für die Tonne Stabeisen nur von 141 auf 123 Mark zurück, während der Auslandspreis bis auf 60 Mark je Tonne sank. Auch unter Berücksichtigung der Rückvergütungen auf Grund des Koi-Vertrages mußten die deutschen Fabrikanten bei einem Preis von 81 Mark rund 21 Mark je Tonne, also 25 Proz. mehr zahlen als die Ausländer. Die Erschwerung des Konkurrenzkampfes im Auslande infolge dieser rigorosen Preispolitik liegt auf der Hand. Vielfach hat diese Politik zur Folge gehabt, daß verschiedene Länder mehr und mehr dazu übergehen, die Verarbeitung des deutschen Eisenmaterials bei sich selbst vorzunehmen. Während die Eisenindustrie in Deutschland 1929 bis 1931 den Eisenpreis nur um 9 Proz. herabsetzte, wurden die Inlandspreise in Frankreich um 32 Proz., in England um 17 Proz. und in Belgien sogar um 50 Proz. abgebaut. Dieser Charakteristik der verheerenden deutschen Preispolitik ist nichts hinzuzufügen, denn diese Zahlen sprechen Bände.

32,2 Millionen Umsatz bei Rheinmetall.

Unkostenentlastung größer als Umsatzzugang.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A. G. in Düsseldorf, die zum Interessentenkreis des Reichskonzerns Bgl gehört, und Waffenlieferant der Reichswehr ist, schließt das Jahr 1931 mit einem Reingewinn von 305 700 M. gegen 1,92 Millionen Mark im Vorjahr ab.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens ist von 45 auf 32,2 Millionen Mark gesunken, also um etwa 28 Proz. Berücksichtigt man, daß im letzten Jahr das Höchsterwerb verkauft wurde, und nur noch 8 Monate zum Gesamtumsatz beigetragen haben, so läßt sich der



IM DIENSTE DER VOLKSGESUNDHEIT

arbeitet seit Jahrhunderten die deutsche Apotheke, die in der ganzen Welt als vorbildlich gilt. Sie ist für die Arzneiversorgung der Bevölkerung geschaffen und wird staatlich beaufsichtigt.

Kauft Heilmittel nur in der Apotheke — Ihr seid eurer Gesundheit schuldig!

zung der Zuckersteuer erforderlich. Eine Wirtschaftspolitik, die am Binnenmarkt neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollte, müßte auch die Milch- und Rostereimirtschaft, die Geflügel- und Eierwirtschaft, den Gartenbau und die übrigen Produkte der bäuerlichen Veredelungswirtschaft stärker als bisher schützen. Dies sei auch die Voraussetzung einer beschleunigten und verbilligten Siedlung auf den Osten bei der Durchführung des Entschuldungsverfahrens freizuerwerbenden 2000 000 Mark.

Ueber die dringliche Frage der Senkung der Weizenpreise sich klar zu äußern, hat Schiele wieder unterlassen.

Abschlüsse von Großunternehmen.

Russenaufträge für Loewe. - Millionenverlust bei Stolberg

Das Berliner Großunternehmen Gesüßel-Ludwig Löwe & Co. zählt für 1931 aus einem Reingewinn von 4,2 Millionen Mark eine Dividende von 4 gegen 10 Proz. im Vorjahr. Der Auftragszuwachs bei der Werkzeugmaschinenfabrik von Ludwig Loewe ist stark zurückgegangen. Betriebseinsparungen wurden vorgenommen. Neue Aufträge, die zum Jahresende von der Sowjetunion vergeben wurden, gaben nur bis zum Juni Beschäftigung, da ein Teil dieser Aufträge vom Lager gedeckt wurde. Die Gehälter der sieben Vorstandsmitglieder betragen 1931 rund 501 340 M. Von einem Abbau der Reisegehälter ist also noch nichts zu hören.

Die U. G. für Bergbau, Eis- und Zinkfabrikation zu Stolberg weist einen Verlust von 3,75 Millionen Mark aus. Die Verwaltung versucht in der Frage des Zinsfußes einen Druck auf die Regierung auszuüben, indem sie erklärt, daß das Unternehmen nur dann in Betrieb bleibt, wenn ein angemessener Zinsfuß eingeführt wird. Andernfalls werden 2000 Arbeiter und Angestellte abgebaut. Ein vorbildliches Verhalten. Wenn man etwas auf normalem Wege nicht erreichen kann, so knockt man mit dem Revolver.

Ausländische Reichsanleihe verlängert.

Amlich wird mitgeteilt:

Der im Laufe dieses Jahres zur Rückzahlung fällig werdende Kredit von 125 Millionen Dollar, der dem Reiche im Oktober 1930 von einem unter Führung der Reichsbank und der Firma Lee, Higginson and Co. stehenden Konsortium verschiedener Länder bewilligt worden ist, ist durch ein am Mittwoch unterzeichnetes Abkommen für neun Zehntel der geschuldeten Summe verlängert worden. Er wird für die Zeit der Verlängerung mit 6 Proz. verzinst und ist in Teilzahlungen abzudecken. In diesem Haushaltsjahr wird ein Betrag von etwa 22 Millionen Dollar in fremde Währung zu übertragen ist. Bezüglich des Restbetrages sowie der in der Zeit von April bis einschließlich Oktober 1933 fällig werdenden weiteren Beträge findet eine Uebertragung nur statt, soweit nach Auffassung der Reichsbank die Devisenlage es zuläßt. Der Fälligkeitsstag des gesamten Kredits ist auf den 10. November 1933 hinausgeschoben.

Eine Betriebsgesellschaft bei Junkers.

Wie gemeldet wird, haben die Verhandlungen der zuständigen Stellen über die Lage bei den Junkers-Werken erneut die einstimmige Bereitwilligkeit zu einer Fortführung der Werke ergeben. Einer endgültigen Sanierung der Werke hat die Regierung der wichtigsten wirtschaftlichen Lage und die notwendige vermögensrechtliche Auseinandersetzung voranzugehen. Um diese Aufgabe nicht überfordert, sondern in ordnungsmäßiger Form durchführen zu können, andererseits aber die Fortführung der Betriebe und die Wiederaufnahme von Gehalts- und Lohnzahlungen zu ermöglichen, ist heute beschlossen worden, durch die Gründung einer von Prof. Dr. Junkers unabhängigen Betriebsgesellschaft einen Übergangszustand zu schaffen. Dieser Betriebsgesellschaft werden beschleunigt diejenigen Mittel zugeführt werden, die zur angemessenen Aufrechterhaltung der Betriebe, für Materialbeschaffung und für Lohn- und Gehaltszahlungen notwendig sind.

210 Millionen Verluste.

Beim amerikanischen Stahltrust.

Der amerikanische Stahltrust - United States Steel Corp. - der fast die Hälfte der amerikanischen Eisen- und Stahlerzeugung beherrscht, schließt das Jahr 1931 mit einem Verlust von 49,2 Millionen Dollar, d. h. fast 210 Millionen Mark ab. Im vergangenen Jahr hat der Reingewinn noch 104 Millionen Dollar, also über 430 Millionen Mark betragen, im Jahre 1929 sogar 198 Millionen Dollar, d. h. mehr als 800 Millionen Mark. Der Umsatz des Konzerns ging von 3,22 auf 2,07 Milliarden Mark zurück. Die Roheisenerzeugung sank von 12,8 auf 7,0, die Rohstahlerzeugung von 16,7 auf 10,1 und die Produktion von Walzwerkzeugnissen von 11,6 auf 7,2 Millionen Tonnen. Auch die Kohleerzeugung und die Kohleproduktion sank außerordentlich stark.

Bemerkenswert ist es, daß die Arbeiterzahl sich gegenüber dem Vorjahre nur verhältnismäßig wenig verringert hat, nämlich von 211 000 auf knapp 204 000; auch der Durchschnittslöhne wurde im abgelaufenen Jahre nur in geringem Umfang herabgesetzt; er betrug im Tagesdurchschnitt 3,99 Dollar gegenüber 3,99 Dollar in den beiden vorhergehenden Jahren.

Die Aktiva des Stahltrusts, dessen Kapital jetzt 5,17 Milliarden Mark beträgt, haben zwar auch im abgelaufenen Jahre eine Dividende erhalten, doch erfolgte die Dividendenausschüttung durch Inanspruchnahme der Reserven. Trotz des jetzt ausgemessenen Verlustes sind aber die Ueberschüsse aus den früheren Jahren immer noch außerordentlich groß.

5934 000 Arbeitslose.

Nur 200 000 weniger / Arbeitsbeschaffung und Arbeitsfreudung sind notwendig.

Die Frühjahrsehebung auf dem Arbeitsmarkt hält sich bisher in engen Grenzen. Nach dem Bericht der Reichsanstalt sind in der ersten Aprilhälfte etwa 100 000 Erwerbslose neu eingestellt worden, so daß sich damit die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 5 934 000 Personen verringert. Wie unbefriedigend die bisherige Frühjahrseinstellung ist, zeigt folgende Gegenüberstellung zu der Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen betrug:

| | | |
|---------------------|-----------|-----------|
| | 1931 | 1932 |
| 15. März | 4 980 000 | 6 129 000 |
| 31. März | 4 758 000 | 6 031 000 |
| 15. April | 4 628 000 | 5 934 000 |
| Entlastung: | 352 000 | 195 000 |

Die besonderen Schwierigkeiten, die sich in diesem Jahr einer fühlbaren Senkung der Erwerbslosenzahlen entgegenstellen, liegen auf drei Gebieten: Erstens ist die Arbeitslosigkeit in verschiedenen wichtigen Konsumgütergruppen noch im Wachsen und beinträchtigt dementsprechend die aus den Saisonberufen herrührende Entlastung, zweitens fällt die übliche fühlbare Beseitigung des gesamten Arbeitsmarktes durch das Baugewerbe wegen der bekannten Finanzierungsschwierigkeiten fast völlig weg, und drittens wird der Arbeitsmarkt durch den erheblichen Zugang von Ausgewanderten und Schulverlässenen ungünstig beeinflusst, da diese Jugendlichen nur in ganz beschränktem Umfang bisher Einstellung finden konnten.

Die bisher erfolgte Einstellung von Erwerbslosen bleibt mit 195 000 gegen rund 352 000 Personen im Frühjahr vorigen Jahres fast um die Hälfte zurück. Dieses Ergebnis übertrifft alle pessimistischsten Erwartungen. Die Regierung hat die Pflicht, die Quereinstellungen der Unternehmer gegen die Einführung der verkürzten Arbeitswoche zu unterbinden und in aller kürzester Frist auf dem Verordnungswege die Arbeitsfreudung durchzuführen. Oder will man in nutzlosen Verhandlungen erst wieder kostbare Monate verstreichen lassen?

Ist die 40-Stunden-Woche verwirklicht?

Dr. Röttgen hat bei seinem Amtsantritt als Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände es für notwendig gehalten, den Beweis zu erbringen, daß er genau so gut und so schlecht wie sein Vorgänger mit falschen Zahlen und Behauptungen

jonglieren kann. Wir, die wir Herrn Dr. Röttgen vom Verband Berliner Metallindustrieller her kennen, bedürften eines derartigen Nachweises nicht.

Notwendig ist es aber vielleicht doch, Herrn Dr. Röttgen zur Vorsicht zu mahnen. Er hat in seiner Rede die kühne Behauptung aufgestellt, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche überflüssig sei, da ja bereits in den meisten Betrieben nicht nur 40 Stunden, sondern noch darunter gearbeitet werde.

Damit hat Dr. Röttgen sein Argument gegen die 40-Stunden-Woche vollständig entwertet; denn wenn tatsächlich schon 40 Stunden und noch weniger gearbeitet wird, so kann es keinerlei Bedenken geben, diese Tatsache sofortig festzustellen zu registrieren. In Wirklichkeit aber steht die Behauptung des Herrn Dr. Röttgen mit den Tatsachen in eklatantem Widerspruch. Wir haben nämlich eine genaue Statistik über die Länge der tatsächlichen Arbeitszeit. Das ist die Erhebung der Gewerkschaften des ADGB, die allmählich vorgenommen wird und Aufschluß gibt über den Tragenerfolg der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Aus dieser Statistik geht hervor, daß seit etwa Jahresfrist - von ganz unwesentlichen Schwankungen abgesehen - rund ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder verfehlt, d. h. weniger als 48 Stunden die Woche arbeitet. Ein Teil davon arbeitet unter 48, aber über 40 Stunden die Woche.

Damit ist die Behauptung des Vorsitzenden der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände widerlegt. Aber da Herr Dr. Röttgen als Generaldirektor des Siemens-Konzerns offenbar von diesem auf andere geschloffen hat, so wird er wohl schließlich nichts dagegen einzuwenden haben, wenn die Kurzarbeit endlich verallgemeinert, wenigstens einen Teil der Arbeitslosen auf diesem Wege wieder in die Betriebe kommt und dadurch Reich, Länder und Gemeinden finanziell entlastet werden.

Arbeitszeitkandal.

Reichsbahn besteht auf 93 Stunden Dienstdienst.

Die Reichsbahn, die natürlich unter der Wirtschaftskrise genau so leidet wie alle anderen wirtschaftlichen Unternehmungen, müßte insgesamt nach ihren Berechnungen etwa 48000 Arbeiter entlassen, die durch den Rückgang des Verkehrs überflüssig geworden sind. Daß derartige Entlassungen in der Zeit der katastrophalen Arbeitslosigkeit nicht zu verantworten wären, darüber ist man sich auch in der Hauptverwaltung der Reichsbahn klar.

Es wurde also mit den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner über eine Arbeitsfreudung verhandelt, um Entlassungen zu vermeiden. Bei diesen Verhandlungen war man sich grundsätzlich schon so gut wie einig über die Werkstättenarbeiter, von denen rund 18 000 sofort entlassen werden sollten. Die Basis der Einigung war die Einführung der 40-Stundenwoche.

Die Gewerkschaften machten jedoch zur Bedingung, daß mit der Kulturwidrigen und besonders heute geradezu aufreißend wirkenden langen Arbeitszeit der sogenannten Betriebsarbeiter endlich Schluss gemacht wird. Die Deutsche Reichsbahn beschäftigt heute noch über 150 000 Betriebsarbeiter bei einer Arbeitszeit bis 56 Stunden und einer Dienstdienstzeit bis 98 Stunden die Woche! Die Gewerkschaften verlangten also, daß hier wenigstens die gezielte Arbeitszeit von 48 Stunden endlich eingeführt wird.

Die Vertreter der Reichsbahn hatten seinerzeit als die Notwendigkeit, Entlassungen durch Arbeitsfreudung zu vermeiden, nach nicht vorlag, die Beseitigung dieser anormalen Arbeitszeit mit der Begründung abgelehnt, sie lasse sich „aus betriebswirtschaftlichen Gründen“ nicht verwirklichen. Nun haben sich diese hohen Beamten auf diesen „Grund“ verstoßt und glauben wohl, ihre „Autorität“ könnte leiden, wenn sie der geforderten Beseitigung der Reichsbahn schädigen als diese furchtbar bedauerlich.

Es bedarf wirklich keines besonderen Nachweises, um darzutun, wie lächerlich es ist, zu sagen, die Betriebsfähigkeit der Reichsbahn würde darunter leiden, wenn der Wagenpuffer nur 48 Stunden die Woche arbeitet, wenn der Kohlenheber das gleiche tut, wenn die Arbeiter, die die Bahnhöfe zu kehren haben, dies in der Zeit jetzt immer noch „normalen“ Arbeitszeit von 8 Stunden täglich tun würden. Seit dem 1. Oktober des Vorjahres arbeiten fünfzigtausend Eisenbahner im Saargebiet verkürzt, natürlich ohne daß dadurch die Betriebsfähigkeit irgendwie gefährdet wäre.

Wie die Reichsbahn mittels, wird sich demnach der Verwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft mit der Frage befassen, auch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums soll angerufen werden. Die Reichsbahn teilt weiter mit, daß sie das sogenannte Krümpersystem zur Vermeidung von Entlassungen vorgeschlagen habe. Auch darüber würden die Gewerkschaften mit sich reden lassen. Voraussetzung aber ist und bleibt, daß der Arbeitszeitkandal bei der Reichsbahn endlich beseitigt wird.

Wir wollen hoffen, daß schon der Verwaltungsrat den Prin-

Beamte Berlins!

Der Wahlkampf in Preußen geht seinem Ende entgegen. Die Stunde der Entscheidung ist herangerückt. Am 24. April wählt das preußische Volk den neuen Landtag, der nach der Auffassung der „Nationalen Opposition“ das Ende der Regierung Braun-Severing bringen soll. Die NSDAP, die bei der Reichspräsidentenwahl eine entscheidende Niederlage erlitten hat, versucht jetzt in Preußen die Verbodnungen für die Errichtung des Dritten Reiches zu schaffen. Die durch die Entscheidungen des 15. März und 19. April besiegelte

Gefahr des Bürgerkrieges soll neu heraufbeschworen werden

Gegen dieses triviale Spiel mit Volk und Vaterland wird sich auch am 24. April die große Mehrheit der preußischen Wähler wehren. Auf auch Beamten in den Mauern Berlins und auf die Beamten Preußens blicken die Arbeiter und Angestellten der Eisernen Front, blicken wolle Kreise des republikanischen Bürgertums. Sie erwarten von euch politische Reife und republikanische Ueberzeugungstreue. Enttäuscht deshalb die fest und unbeirrbar zur Republik stehenden Kreise nicht.

Das Dritte Reich hat keinen Raum für ein Berufsbeamtentum, wie es die Republik kennt

In ihm würden staatsbürgerliche Freiheit und gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung unbekannte Begriffe sein. Für eine Anstellung im Staat oder Gemeindefond wäro das Mitgliedsbuch der NSDAP. strenge Vorschrift.

Angesichts der drohenden Gefahren betrachten wir es als eine selbstverständliche Pflicht des preußischen Beamtentums, daß es am Entscheidungstage geschlossen an die Wahlurnen geht und die Stimme abgibt für die Liste

Braun - Severing

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Bezirksausschuß Berlin.

Bei Kopfschmerzen, nervösen, rheumatischen u. gichtischen Schmerzen haben sich Total-Tabletten hervorragend bewährt. Wenn Tausende von Kranken dieses Mittel verordnen, können auch Sie vertrauensvoll kaufen! In allen Apotheken. Ermäßigter Preis M. 1,25. 12,6% Lith., 0,46% Chin., 7,3% Acid. acetic. salic.



PUTZFRAU VIM

erobert Berlin!

Alle Hausfrauen, die kürzlich eine Gratisdose Vim erhielten, sind mit Recht begeistert: Vim, die Putzfrau in der Dose, macht wirklich die Hausarbeit zum Vergnügen! Es putzt, scheuert, poliert wunderbar - und Vim schont, weil es nichts zerkratzt. Im Handumdrehen wird Küche und Haus durch Vim sauber und blitzblank - und die Hauptsache: Vim ist jetzt so billig! Die Normaldose kostet nur noch 20 Pfennig, die Doppeldose 35 Pfennig! Und jede Dose trägt den wertvollen Sunlight-Gutschein für schöne Gaben!

Wer Vim benutzt, hat gut geputzt!



VIM

DIE PUTZFRAU IN DER DOSE

